

Anzeigenpreis: Die gespaltene Millimeterzeile über deren Raum 100.— Mark, Stellen- und Wohnungsanzeigen, Familiennachrichten, Verträge, und Versammlungsanzeigen 40.— Mark. Kleine Anzeigen per Wort 5.— Mark. — Reklamepreis: Die Millimeterzeile 3 gespaltene oder deren Raum im Text 280.— Mark.

Schlesische

Verlagspreis: Durch den Träger Einzelnummer 200 Mt., 1000.— Mt. pro Woche, Durch die Post Differenzbeiträge an die Post, Genossenschaft, — Redaktionsprechstunden: 5—8 Uhr nachm. Postfachkonto: Breslau Nr. 810 59. — Fernspr.: Breslau, Ring 8887

# Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Nummer 79.

Donnerstag, den 5. April 1923.

5. Jahrgang.

## Aus dem Inhalt:

Das Befinden Lenins ist im allgemeinen befriedigend.

Der sozialdemokratische Regierungspräsident Grigner, der in Düsseldorf vor kurzem ein Blutbad anrichtete, erhebt Protest gegen die Handlungsweise des französischen Militärs.

In Berlin streiken die Mieter.

Die Regierung hat den Preis für die Lomje Umlagegetreide um 50 000 Mark erhöht. — Der Preis für Steinkohlenbriketts ist seit 1914 auf das 17 514fache, der Lohn kaum auf das 2650fache gestiegen.

Von den Geldern der „Ruhrhilfe“ werden im Ruhrgebiet ehemalige Schupooffiziere ausgeschaltet, die gegen die proletarischen Abwehrhundert-schaften agitieren.

Die „Schlesische Zeitung“ nennt die Kommunisten-Vertriebsräte des Krupp-Werkes „etelhaftes Gesindel“, weil sie den nationalistischen Krummel nicht mitmachen. — Die Breslauer „Volksmacht“ behauptet, daß Sowjet-Rußland die Hitlerbanden finanziert!

## Faschistenterror in Oesterreich.

Eigene Drahtmeldung d. „Schl. Arb.-Ztg.“

Wien, 5. April.

Die Wiener „rote Fahne“ enthält neue Faschistenterrorgruppen. Am Ostermontag überfielen in der nächsten Umgebung Wiens mehrere hundert Faschisten in Feldausrüstung eine Gruppe von Arbeiterführern und gaben gegen 400 Schüsse ab, wobei mehrere Arbeiter verwundet wurden.

## Lenins Befinden.

W.B. meldet vom 3. April: Der heutige ärztliche Befund über den Gesundheitszustand Lenins verzeichnet katastrophische Erscheinungen, die seit Sonnabend in der linken Lunge zu beobachten sind, sich aber nicht weiter entwickeln. Der allgemeine Zustand ist befriedigend.

## Mieterstreit in Berlin.

Nach Angaben der Kreisleitung des Mieterverbandes Deutschlands haben im Norden und Osten Berlins die Tausende von Mietern unter der Erklärung, daß sie die Zahlung als Demonstration gegen die Wohnungspolitik des Magistrats verweigern, die Monatsmiete für diesen Monat nicht entrichtet.

## Sudenpogrome in Warschau?

W.B. Warschau, 4. April. Den Blättern zufolge ist es infolge der Erregung über das Moskauer Urteil gegen die beiden katholischen Geistlichen in einigen Warschauer Restaurants zu antisemitischen Ausschreitungen gekommen.

## „Etelhaftes Gesindel.“

Unter dieser Ueberschrift erdickelt sich die „Schlesische Zeitung“, das Organ der schlesischen Krauhunter, in seiner heutigen Morgenausgabe zu schreiben:

Esien, 4. April. Die kommunistische Gruppe des Arbeiter- und Angestelltenrates der Firma Krupp trennt sich in einer im kommunistischen „Ruhr-Scho“ (das weiter erscheint, während die Franzosen das sozialdemokratische Organ verboten haben) veröffentlichten Erklärung von ihren Arbeitskameraden. Sie habe der der Öffentlichkeit übergebenen Erklärung des Kruppischen Betriebsrates vom 2. April ihre Zustimmung verweigern müssen und deshalb „demonstrativ“ die Sitzung verlassen, weil diese Erklärung allein dem französischen Militarismus die Schuld an dem Blutbad vom Ostersonnabend zuschiebt.

Weil die Kommunisten den Nationalismus nicht mitmachen, deswegen sind sie in den Augen derer, um die „Schles. Ztg.“ ein „etelhaftes Gesindel.“ Weil das „Ruhr-Scho“ nicht verboten wurde, müssen die Kommunisten mit den „Franzosen“ unter einer Decke stehen. Diesen Schwundel glaubt die „Schles. Ztg.“ ja selbst nicht. Kolportiert ihn aber ungeachtet dessen, um die Kommunisten zu verleumden. Was das „etelhafte Gesindel“ anbelangt, so möge sich die „Schles. Ztg.“ an die eigene Nase fassen.

## Die Kommunistenverfolgungen durch die Franzosen.

Die „Arbeiter-Zeitung“ für Duisburg verbietet.

Auf Befehl des kommandierenden Generalleutnants Baurain ist die „Arbeiter-Zeitung“ im Bredenshof Duisburg auf die Dauer von 8 Tagen, bis zum 3. April, verboten, auf Grund des in Nr. 71 am 23. März erschienenen Artikels: „Der proletarische Abwehrkampf“.

## Die Schuldigen an dem Blutbad in Essen.

Zu den Vorgängen in Essen schreibt die „rote Fahne“ u. a.: Die deutsche und die französische Regierung beschuldigen sich gegenseitig, den Proletariatsmord in Essen provoziert zu haben. Aber indem sie einander die Schuld zuschieben, klagen sie nur sich selbst an.

Die Regierung Poincares, die glaubte, mit schönen Worten die Arbeiter an der Ruhr unter das Joch ihres Militarismus und Imperialismus zu laden, sie hat sich enthielt. Sie hat sich in der Geschichte der Schandtat an der Ruhrarbeiterschaft ihren Platz neben Noke und Watter gesichert.

Der französische Offizier, der die Soldaten bei Krupp kommandierte, lehnte — so berichtet das Essener „Ruhr-Scho“ — ganz nach der brutalen Art der deutschen Freikorps-Offiziere jede Behandlung mit den Arbeitern ab. Kadavergehörig oder Maschinengewehre, das ist die Parole des französischen Imperialismus, wie es die der deutschen Arbeiterkinder ist.

Und genau so schuldig wie die französische Regierung sind die deutschen „patriotischen“ Provokateure an dem Blutbad. Es steht fest, daß unter den mit den Fabrikfirmen alarmierten Arbeitern sich Studenten und Faschisten befanden, die verfluchten die Arbeiterkinder zu Gewalttaten aufzustacheln. Wenn unser Genosse Zander als erster ermordet wurde, weil er — selbst nach dem Bericht des W.B. — als Betriebsrat die Menge beruhigen wollte, so muß diese Menge erregt gewesen sein. Wer hat sie erregt? Oder wenn sie nicht erregt war, wie es nach der deutschen Darstellung der Fall gewesen sein soll, wer war unruhig, wer nicht die deutschen Provokateure? Wenn, woher nach dem W.B., das Verhalten der Eisenarbeiter als Grund des Arbeitermords in seiner Verurteilung und Verurteilung hingewiesen wird, so müssen die Eisenarbeiter selbst als Provokateure angesehen werden.

Der Arbeiter hat den Stod gesprochen, der in Anlehnung an Baitad gegeben hat?

Das alles muß aufgeklärt werden, wenn die deutsche Regierung wirklich schuldlos sein will.

Provokationen französischer Militärs und deutscher Faschisten, brutale offene Gewalt der Franzosen und feige hinterhältige Mordhehen deutscher Putschisten, arbeiten sich in die Hände, um deutsche Arbeiter und französische Proletarier im Soldatenrock gegeneinander zu bezehnen.

Die „Humanität“ vom 1. April schreibt unter dem Eindruck der ersten Nachrichten über das Essener Blutbad: Die Schuldigen sind diejenigen, die diesen blutigen Zusammenstoß ermöglicht haben. Das sind die gierigen französischen Metallindustriellen und die profitgierigen deutschen Kohlenbarone: das französische Hüttenkomitee und Stimmes! Das sind die Regierenden, die die Privatinteressen für Staatsinteressen ausgeben. Die in Essen hingerichteten sind die Opfer ihrer eigenen Arbeitgeber, die Reichtümer anhäufen, während sie die Steuerzahlung verweigern und das Reich hindern, zu den Reparationen beizutragen, während sie den französisch-deutschen Konflikt bis zum Paroxysmus steigern. Vor allem aber sind sie das Opfer des chaotischen Bluffs des französischen Nationalblocks, des berüchtigten „Deutschland wird zahlen“, dieses Finanzangeliums Frankreichs und des blinden Hochmuts des Sieges.

## Der Grüner protestiert gegen den Arbeitermord in Essen!...

Der aus dem besetzten Gebiet gewiesene, durch seine Propagandareise auch in Schlesien berüchtigte sozialdemokratische Regierungspräsident Grigner, der in Düsseldorf Schupo gegen unbewaffnete Arbeiter schickte und so das Blutbad in der Turnhalle herbeiführte, hat an den französischen General Degoutte einen Protest gerichtet, der von einem exzentratischen Teufelsnationalen nicht besser geschrieben werden könnte. Er richtet seine Anklagen nicht gegen den verantwortlichen Arbeiterführer Degoutte, sondern spricht nur davon:

„daß es kein Verbrechen und Vergehen des deutschen Strafgesetzbuches, ja der Kriminalgesetzgebung der gesamten Kulturwelt gebe, das Ihre Truppen auf deutschem Boden seit dem 11. Januar 1923 nicht begangen hätten.“

Ja dem langen Protest kein Wort gegen die französische Bourgeoisie, kein Wort gegen die Generale. Ja, wörtlich heißt es:

„Ich hoffe von Ihnen, Herr General, unter ausdrücklicher Betonung, daß der Essener Arbeitermord das gesamte besetzte Gebiet, beson-

ders den Ruhrbezirk, zur Steubeige erregt hat, daß Sie unverzüglich alle Maßnahmen ergreifen, die wenigstens Ihre Absicht erkennen lassen, daß Sie sich nicht mit jenem Massenmord identifizieren.

Also Büdlinge vor der französischen herrschenden Klasse, dafür gegenseitige Verhehung des Proletariats. Das stimmt ganz überein mit folgender bigotter Stelle:

„Ich betrachte es schließlich nicht als das Warten eines blinden Zufalls, sondern als Fügung einer höheren Gewalt, daß sich der Karfreitag der Ermordung und Verwundung zahlreicher treuer Söhne der katholischen Kirche gerade in dem Augenblick ereignete, wo der beglaubigte Vertreter seiner Heiligkeit des Papstes, des unentwegten treuen Hüters und Förderers der Menschlichkeit, Milde und Gerechtigkeit, in den Mauern Essens weilte.“

„Also eine Fügung des Himmels! Degoutte und Poincare können beruhigt sein über die Gegnerschaft der „Helden“ à la Grigner.“

## Der Ruhrkrieg.

(Meldungen des W.B.)

Olabbach, 4. April. Der stellvertretende Bürgermeister von Olabbach, Dr. Kohn, wurde wegen Verweigerung von Betten an die Besatzungsbehörde vor das Kriegsgericht gestellt. Am gestrigen Tage wurde die Besatzungsbehörde auf verbote Zeitungen hin aus dem unbesetzten Gebiet durchsucht.

Paris, 4. April. Nach einer Inzidenzmeldung aus London erfolgt jetzt auf Grund einer Forderung der Völkerbundkommission eine Besatzungsbehörde vor allem von Rüstungen vertrieben. Die Besatzungsbehörde ist infolge der Besetzung des Ruhrgebietes eingekerkelt hat. Die erste Besatzungsbehörde habe eine Menge von 70 000 kg. betreffen.

Köln, 4. April. In Bochum gehen die französischen Zeitungen nach einer Meldung der Kölnischen Zeitung dazu über, Flugblätter durch Beauftragte verteilen zu lassen. Schon während der Osterfeiertage wurden Flugblätter in den einzelnen Stadtteilen der Einwohner direkt ins Haus gebracht. Morgens fanden sie diese in den Briefkästen vor. Flugzeuge fliegen jetzt täglich über Bochum und andere Städte des Grenzgebietes. Oestern besetzen die Franzosen die Geschäftsräume der Commerz- und Privatbank und beschlagnahmten einige Geschäftsbücher.

Oelsenkirchen, 4. April. Der seit einigen Tagen von den Belgiern besetzte Hafen der Gute-Hoffnung-Hütte in Walsun ist seit Sonntag wieder frei. Die im Hafen ankommenden und abgehenden Frachten können künftig wieder ohne Bezeichnung der Besatzungsbehörde entladen und beladen werden, ausgenommen sind nach wie vor Kohlen.

Düsseldorf, 4. April. Die vor einiger Zeit verhafteten drei Geschäftsleute der nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller sind seit Sonnabend gegen Sicherheit auf freien Fuß gesetzt worden. In einigen Wochen soll das Kriegsgericht gegen sie verhandeln. Gleichzeitig mit ihnen wurde auch Kapitänleutnant Brändmann aus der Untersuchungshaft entlassen.

Düsseldorf, 4. April. Die Kontrollstelle Düsseldorf-Gerresheim ist aufgehoben worden.

Die bürgerlichen Blätter melden aus Essen, daß gestern nachmittag der Bahnhof Herne von den Franzosen besetzt worden ist. Sie richteten eine Kontrollstelle für alle durchzufahrenden Züge ein. Als sie die Absicht aussetzten, militärische Wagen mit Kohlen, Holz und Nebenprodukten zu beschlagnahmen und sie auf der militärisierten Linie nach Recklinghausen abzurufen, wurde von den Eisenbahnern darauf hingewiesen, daß in diesem Falle ein Verbleiben der deutschen Beamten im Dienste nicht mehr möglich sei.

## Die nationale Einheit: front des Brotmüllers.

Unter der Parole „Sicherheit des Wirtschaftsfriedens“ werden jetzt überall die Forderungen der Arbeiter, mögen sie um höheren Lohn oder zur Abwehr der Faschisten oder anderer Verdrückung und Drangsalierung geführt werden, zu verhindern gesucht, oder wo sie entbrennen, von den Reformisten abgeköstelt. So wurden, um nur wenige Fälle zu nennen, ein auskömmlicher Lohnkampf der Berliner Metallarbeiter durch eine von den NAB-Bürokraten betriebene Verbindlichkeitsklärung eines Chiodespruches mit einer hundsberämlichen Lohn-erhöhung verhindert; so haben die Reformisten den Kampf der ober-schlesischen Arbeiter gegen die faschistischen Provokationen abgeköstelt; so ist für die Buchdrucker im ganzen Reich der jammervolle Hungerlohn, mit Zustimmung ihrer arbeitsgemeinschaftlichen „Füh.“, unverändert verlängert worden, und just in demselben Augenblick aber legt sich der Reichsunterernährungsminister Dr. Luther im Reichstag für die Aufhebung der Umlage und für die Bürgerfreiheit der Junker ein. Das ist der Sinn des Bürgerfriedens. Die Kapitalisten und die mit ihnen verbundenen arbeitseigenen christlichen Sozialdemokraten verlangen Zurückstellung der Forderungen der Arbeiterkinder mit Rücksicht auf den Bürgerfrieden. Die Kapitalisten wollen die Schandblöcke stabilisieren. Sie bewilligen sich aber im Reichstag die Fortsetzung des legalen Steuer-raubs und Steuererhöhung. Sie lassen sich Milliarden für angeordnete Güter durch die Republik ausgeben. Sie reifen das Bankgeheimnis wieder her; auch mit mehr oder weniger verheerender Wirkung die der Bürgerkinder.

Was den Sozialdemokraten recht ist, ist den Agrarkapitalisten billig. Sie verheeren, verkaufte, aber doch unwirksam, weil Luther sich für die Befreiung der Landbesitzerlage und für die Einbürgerung der freien Landwirtschaft für das kommende Ereignis ausgesprochen. Wenn der Reichstag die Aufhebung der Umlage noch nicht beschlossen hat, so liegt das nur daran, daß eine große Anzahl der Herren bürgerlichen Reichstagsabgeordneten am Sonnabend nachmittag nicht mehr im Reichstagsgebäude erschienen sind und die anwesenden parlamentarischen Vertreter, die sich in der Minorität befanden, die Abstimmung verhinderten.

Endlich! ruft die „Deutsche Tageszeitung“ zu ihrem Siege auf. Vollkommen ist der Sieg der Junker, denn das Programm der Regierung gleicht Wort für Wort den zu verschiedenen Zeiten vorgebrachten Forderungen des Reichslandbundes. Die Junker haben so lange der Reichsregierung gedroht, bis sie nach jedesmaligen Zersplitterungen den Endkrieg, die Bürgerfreiheit, errungen haben. Neben den Drohungen war die „großzügige“ Aktion für die Ruhrhilfe ein Mittel im Streite. Zu den Prozentpatrioten, die mit der großartigsten Geste einen winzigen Bruchteil ihrer Milliarden und Milliardengewinne durch die Ruhrhilfe für die Agrarkapitalisten, die für die Ruhrhilfe einige Broden hinwarf, und als Gegenleistung ihre Bürgerfreiheit fordern und erlangen.

Aber noch schnell soll die für das laufende Wirtschaftsjahr einmal beschlossene Umlage ausgenutzt werden. Vor wenigen Tagen haben die agrarkapitalistischen Vertreter im Zwangsgerauschuß eine Erhöhung des Umlagepreises für eine Lomje Getreide beim feststen Sechsfel der Umlage auf 850 000 Mark gefordert, also eine abermalige Erhöhung trotz Marktstabilisierung und „Preisaban“ um 250 000 Mt. pro Lomje. Noch ist es ihnen nicht bewilligt, aber der Ausgang kann nicht zweifelhaft sein.

Die Zwangswirtschaft für Getreide, die ohne Zustimmung der Sozialdemokraten schon vollkommen durchlöcher war, wird also aufgehoben und dem Wucher der Junker freie Bahn gegeben. Die Zwangswirtschaft in der

# Der 7. Reichst Kongress der Kommunistischen Jugend Deutschlands.

Eigener Bericht d. Schloß Arb.-Ztg.  
Erster Sitzungstag.  
Die politische Lage.

Spanisch, 1. April.  
Zum 1. Tagesordnungspunkt erhielt das Wort Genosse Heinrich Brandier:  
Die politische Lage in Deutschland wird von zwei Ereignissen beherrscht: der Ruhrbesetzung als Ergebnis der kapitalistischen Wiederaufbaupolitik und von dem Kampf um die Arbeiterregierung, besonders in Sachsen.

Stägergen und in der früheren Form genügt keineswegs den Forderungen der Arbeiterklasse, um die Erzeugung der Ernährung des Arbeiters zu ermöglichen. Ganz abgesehen davon, daß die Umlage in vollkommen ungenügender Höhe angelegt war und außerdem an gewissen Stellen bis auf ein Fünftel noch ermäßigt wurde, haben die Großagrarier es verstanden, die Last auf die Kleinbauern abzuwälzen, da die Anträge der kommunistischen Reichstagsfraktion, die dahin gingen, die Bekker vom Boden unter 5 Hektar von der Umlage zu befreien, immer abgelehnt worden waren. Die Junker und die reichen Bauern konnten einen großen Teil ihres Betriebes im freien Verkehr zu den ungeheuersten Wucherpreisen verkaufen. Sie konnten durch die Produktionslabotage die Preise immer weiter heraufstreben und die Regierung zu immer neuen Erhöhungen, auch der Umlagegetreidepreise, zwingen.

Wenn aber an Stelle Zwangswirtschaft und Umlage in der bisherigen Form keine Kampfziele der Arbeiterklasse sind, so darf nicht übersehen werden, daß die Befreiung der Umlage die Lage der Arbeiterklasse weiter verschlechtert, den Ausschlagungsplänen der Junker für und für öffnet. Dieselben Junker, auf deren Gütern die Faschinenbänder sammeln, die die nationalsozialistischen Stofstruppen aus ihren Wuchergewinnen unterstützen, hungern immer weiter die Arbeiterklasse aus. Die Anbaufläche für Getreide ist allein von 1921 bis 1922 um 300 000 Hektar zurückgegangen. Ertrögen die Junker in der Lage waren, die Hypotheken, die vor dem Krieg 25 Milliarden Goldmark betragen, auf 5 Milliarden zu verringern, denken sie nicht daran, ihre großen Gewinne zur Verbesserung und zur Hebung der Produktion zu verwenden. Während die Wägen, die ein Drittel der Produktionskosten ausmachen, nur ein Fünftel bis ein Sechstel der Wägen in anderen Ländern ausmachen, sind die Preise für landwirtschaftliche Produkte zeitweilig über Weltmarktniveau gestiegen.

Die sozialdemokratischen Führer haben die Arbeiterklasse bisher vom Kampf um die Durchführung energischer Maßnahmen dadurch abgehalten, daß sie auf das Weiterbestehen der Zwangswirtschaft und der Getreideumlage hingewiesen haben. Die Junker haben nun mit Hilfe aller bürgerlichen Parteien die Umlage und Zwangswirtschaft abgeschafft. Jetzt gilt es, verstärkt den Kampf gegen das Agrarkapital aufzunehmen, den Kampf um das Stück trockene Brot, den Kampf gegen die weitere Verelendung und gegen die vollkommene Ausschungerung. Amtliche und bürgerliche Statistiken sprechen schon über den Stand der Volks-gesundheit über die Zunahme der Erkrankungen usw. eine furchtbare Sprache. Der Kampf muß aufgenommen werden gemeinsam mit den Landarbeitern und mit den Landarmen Bayern, die Landarbeiter und Kleinbauern sind zu diesem Kampf bereit. In zahlreichen Orten, in Thüringen und in Schlesien, haben Industrie- und Landarbeiter zusammen mit den Kleinbauern Kontrollausschüsse gebildet und Erfolge erzielt. Der Bund der schaffenden Landwirte hat durch eine offizielle Delegation auf dem Reichsbetriebsräte-Kongress seine tätige Mitarbeit an den Maßnahmen der Industrie-Arbeiterklasse im Kampf um die Ernährung angekündigt.

Die Forderungen der Arbeiterklasse sind und bleiben:  
Die Anbringung einer Getreideumlage zu Preisen, die durch die Organe der Kleinbauern, der Land- und Industriearbeiter festgelegt werden.  
Die Kontrolle der Güter über die Ablieferung der großen Güter.  
Der Aufbau und Dünungsdruck der Grundbesitzer unter Kontrolle der Ortsräte.  
Die entschädigungslose Enteignung Mähdrescher oder nicht besterhaltener Mähdrescher.  
Die direkte Verteilung der Produkte an die Verbraucher durch die Arbeiterkonsumgenossenschaften.  
Gegen die Wucherpreise der Junker, für die Sicherung der Ernährung der Arbeiterklasse.  
Die nationale Einheitsfront steht jetzt in ihrer vollen Blüte da, in der Front des Bauers und des Industriearbeiters.  
Opfer mit dieser Front!

### Ein neuer Erfolg der Getreidebauern!

#### Wieder Markt- und Umlagegetreidepreise.

Die Getreidebauern haben einen neuen Erfolg zu verzeichnen. Die Reichsregierung hat den Preis für das letzte Drittel der Getreideumlage auf 1000 M. pro Tonne festgesetzt und damit den Preis für das letzte Drittel noch um 500 M. erhöht. Das ist ein neuer Erfolg gegen die arbeitenden Massen, die nach der Wille der Reichsregierung hungern und leiden, und der gegen die Reichsregierung, die die Getreideumlage aufheben will, um die Arbeiterklasse zu verelenden.

Die Ruhrbesetzung ist das Ergebnis der seit dem 9. November betriebenen Wiederaufbaupolitik. Jetzt ist die Wiederaufbaupolitik zusammengebrochen. Die reformistische Politik hat die Massen, die nur geistlos im November 1918 zur Sozialdemokratie übertraten, zur Konterrevolution zurückgelehrt. Die Zehntausende, die durch die Niederlage enttäuscht wurden, sind die Kerntruppe der Konterrevolution. Die Sozialdemokratie ist am stärksten in jenen Arbeiterschichten, die in der Arbeiterbewegung der Vorkriegszeit unter schweren Verhältnissen Gewerkschaften und Wahlvereine aufgebaut haben. Bei ihnen sind die demokratischen Illusionen bis zum Vorurteil erstarrt.

Die deutsche Arbeiterklasse hat 70 Jahre um Demokratie und Verbesserung ihrer Existenz innerhalb der kapitalistischen Herrschaft gekämpft. Darum erscheint ihr die Möglichkeit, gleichberechtigt mit Unternehmern zu verhandeln, als Erfüllung ihrer kühnsten Träume. Es ist falsch, wenn einige besonders radikal feindwollende Kommunisten glauben, daß es nur der Beschäftigung einiger sozialdemokratischer Führer zuzuschreiben wäre, wenn sie nach dem November 1918 die deutsche Arbeiterklasse trotz ihrer hohen Qualität politisch die Schlafmühe über die Ohren gezogen hätte. Sie hätten Halbgenossen sein müssen, wenn sie das vollbracht hätten.

Es geht nicht, wie 1918-19, die Bourgeoisie im Sturmangriff niederzuerstürzen, sondern das Proletariat zu sammeln und trotz aller Meinungsverschiedenheiten zum Kampf zusammen zu schließen. Nur wenn das gelingt, werden wir eine revolutionäre Kraft. Wir dürfen keine Furcht haben, daß wir unseren Kommunismus bei einer solchen Taktik verlieren.

In Sachsen ist es uns durch die geschickte Anwendung der Einheitsfront gelungen, drei Viertel der sozialdemokratischen Arbeiter von der ersten konterrevolutionären Führerschaft loszulösen. Wir haben noch nicht die Arbeiterregierung. Wenn es uns gelingt, den Druck der sozialdemokratischen Arbeiter weiter zu verstärken, dann wird es uns auch gelingen, einen tatsächlichen Fortschritt im Kampf zu erreichen. Wenn das durch die bei uns anstehende Meinungsverschiedenheit

gehemmt wird, ist dies eine Gefahr.  
Wir hoffen, daß die überwiegende Mehrheit der Oppositionsgegner ehrlich mit uns einen Weg sucht, der die Partei vor Schaden bewahrt. Die praktischen Parteimitglieder während der Aktion zu befehlen, und durch andere, die abgelehnt wurden, zu erledigen können wir nicht dulden. Das wäre der Tod der revolutionären Kampfmittel. Wer diese vernichtet, ist ein Feind der Partei und muß ungeschädlich gemacht werden.

### Der Kampf im Ruhrgebiet

ist ein Beweis, daß die pazifistische Politik nicht nur innerpolitisch, sondern auch außenpolitisch gescheitert ist. Im Ruhrgebiet stellen wir die internationale Einheitsfront mit den französischen Arbeitern im Passenard und den deutschen Bergarbeitern her. Besonders die Jugendgenossen haben dabei ihr Bestes getan. Durch die Betriebsräte- und Kontrollausschüsse-Bewegung schaffen sie sich das Vertrauen breiter, zum Teil sogar feindlicher Massen. Mit den proletarischen Hunderttausenden

schaffen sie sich die ersten Organisationen für den Kampf. Das Leben der Reaktion zeigt, daß sie hier die ersten Keime der werdenden kommunistischen Gesellschaft erkennen. Wir müssen vorbereiten auf den Fortgang der schleichenen Arbeit, aber auch darauf, daß jeden Augenblick durch eine Massenarbeitslosigkeit oder andere Konflikte große Kämpfe ausbrechen. Wir haben jetzt die Organisation, die insstande sind, die ganze Energie der Massen anzufachen und für entscheidende Kämpfe einzusetzen.

mittel, für das Brot, der Schändel der Marktstabilisierung auf neue entlastet.  
Die Arbeiterklasse, die durch diesen neuesten Streik der Gewerkschaften in ihren Lebensinteressen angegriffen wird, wird sich auch durch das Schmelzen der denationalen Getreidewucherer, die natürlich noch höhere Preise verlangen hatten, nicht beirren lassen. Sie beharf keiner künstlichen Berechnungen mehr. Ihre eigene Verelendung, die Not ihrer Kinder zeigt ihr, daß es so nicht weitergehen darf, daß Schluß gemacht werden muß mit dem Verelendungsstreik gegen die arbeitenden Massen.

Die menschliche Schändel der Gewerkschaften wird aber auch die bewährte Methode der Arbeiterklasse darüber belehren, daß die Herrschaft Gewerkschaften ist auf dem Kampf gegen die arbeitenden Massen, daß sie nicht nur des Landes der Helflosen bedarf, sondern gleichzeitig des Fortschritts. Die Arbeiter haben, die Arbeiter haben ein Mitspracherecht auf dem Proletariat bedingt.  
Der Kampf gegen den Passenard muß darum von der Gewerkschaften aufgenommen werden. Kampf gegen den Getreidewucherer aber ist nur, um die Kontrolle der Gewerkschaften, Kampf um die Arbeiterregierung. Beide Kämpfe sind die Gewerkschaften bedingt.

sehen. Es gilt, den Bestimmung zu überwinden und das Vertrauen auf die eigene Kraft zu schaffen. Wenn die Einheitsfront erst einmal geschlossen ist, und wir uns mit den anderen organisierten Arbeitern in den kleinen Kämpfen verständigt haben, dann werden wir auch in den großen Kämpfen nicht über die Macht zucken, sondern sie ausüben. (Gehefter Beifall.)

Als erster Diskussionsredner erhält Genosse Jacobs-Berlin

20 Minuten Redezeit. Er ist der Arbeiterbewegung, daß die Streitfrage innerhalb der kommunistischen Partei die Jugend ebenso stark angeht wie die Partei. Es seien keine Differenzen darüber vorhanden, daß die Einheitsfront die einzige ist, die zur Massenorganisation führe. Die Frage sei aber, ob sie sich zu den Massen? Im ersten Teil seiner Rede hätte Genosse Brandier eine ausgezeichnete Analyse der Entwicklung gegeben, im zweiten Teil sei es aber nicht ganz richtig, daß die demokratischen Illusionen das einzige seien, was die Massen nicht zu uns kommen lasse. Die Massen hätten keine demokratischen Illusionen; sie kämpfen deshalb nicht, weil sie Ruhe haben wollen. Es sei möglich, auch indifferenten Massen für Parolen zu gewinnen, die nicht mehr im Rahmen der Demokratie liegen, sondern die Machtträger ausrollen. Wir können es wagen, als Kommunisten aufzutreten. Wenn wir die sozialdemokratischen Arbeiter tatsächlich von ihren Führern losgelöst hätten, dann hätten wir den Vertriebskongress erreicht.

Genosse Willi Krefz (Rheinland) führt aus, daß nicht nur die Fertigungsindustrie, sondern auch die Güterindustrie und die Bergwerksbesitzer im Ruhrgebiet bereits Verhandlungen mit dem Militär und mit französischen Wirtschaftskontrollgruppen anknüpfen. Auf einem Teil der Fabriken, auch auf Stinnes' Zechen und sogar auf staatlichen Zechen werden die Halben mit Hilfe der Franzosen abtransportiert. Auch werden die Kohlen wieder in Belgien, so daß Kohle nach Belgien und Frankreich gehen kann.

Gegen Genossen Jacobs wendend zeigte Genosse Krefz am Einfluß des N.S.D. und der sozialdemokratischen Partei, die heute noch eine Massenpartei sei, daß nach unserer breiten Arbeitermassen demokratische Illusionen vorhanden sind. Aber auch die Passivität der Arbeitermassen sei ein Ausdruck ihrer Hoffnungslosigkeit, daß es eben doch friedlich gehen würde.

Genosse Gerber stellt sich auf den Boden der Parteimehrheit, billigt aber nicht das Vorgehen gegenüber der Opposition.

Als zweiter Diskussionsredner der Opposition spricht

Genosse Blanke (Berlin) Die Arbeiterregierung sei die zentrale Partei der Einheitsfronttaktik. Es gälte nicht, den bürgerlichen Staatsapparat aus den Händen der Bourgeoisie zu entreißen, nicht ihn zu übernehmen, sondern ihn zu zerstören. Durch diese Politik wird nicht die Zerkleinerung der Gewerkschaften gefördert, sondern im Gegenteil gestärkt. Wir können keine Arbeit leisten, wenn über die Forderungen der Parteimitglieder Aufstellungen bestehen.

Genosse Alonsowski führt aus: Wenn die Opposition versucht, etwas praktisch vorzuschlagen und nicht nur zu kritisieren, so besteht ihre Unfähigkeit. Im Ruhrgebiet hat sie auf dem letzten Bezirksparteitag gezeigt, daß sie vom Ruhrgebiet so viel verstanden, wie vom chinesischen Reich. Als Parole für das belagerte Gebiet habe die Opposition vorgeschlagen, die Betriebsbesetzung, Arbeiterkontrolle und beriefene Ortswehren. Das sei das Beste, was die französischen Generale den Arbeitern des Ruhrgebiets anbieten. Sie würden gern mit Hilfe der Kommunisten die Produktion wieder in Gang bringen, um dann, wenn sie mit Hilfe der Kommunisten die dortige Bourgeoisie beseitigt hätten, gemeinsam mit dem deutschen Kapital die Arbeiter des Ruhrgebiets zu verzeuern.

Darauf spricht Genosse Fritz Köhler, der an Hand einiger Zahlen aus der Gewerkschaftsbewegung in Berlin zeigt, daß der "Radikalismus" der Berliner Gewerkschaften die Arbeiter des Ruhrgebiets in die Hände der Reaktion

men, wenn sie nicht rettungslos der Verelendung anheimfallen will.

## Die Steigerung der Kohlenpreise und die Steigerung der Löhne

### Ein interessanter Vergleich.

Aus einer Zuschrift des Vereins Deutscher Privatbankiers, die in der "Bergwerkszeitung", dem rheinisch-westfälischen Unternehmerviertel, veröffentlicht wird, entnehmen wir folgende Zahlen, die ein interessantes Licht auf die Steigerung der Preise im Verhältnis zur Steigerung der Löhne werfen. Es folgen bis heute:

Stromerzeugung	auf das 1754fache
Stahlwerke	1208fache
Wälder	1232fache
Stahlfabrik	1155fache
Schiffbau	920fache
Chemie	510fache
Öl	715fache
Wägen und Schiffe	265fache

Das zeigt deutlich, während also zum Beispiel der Stahlpreis um das 12-17fache gestiegen ist, der Lohn für Arbeiter um das 2-3fache. Das zeigt die Steigerung der Preise im Verhältnis zur Steigerung der Löhne.

Wohl für die Berliner Arbeiterbewegung der 1888er Jahre bekannt wurde. Also nicht einmal auf das 20fache, wie obige Statistik behauptet, sind die Löhne gestiegen.

Über die Kohlen- und Stahlpreise sind nicht nur die Arbeiter, die behaupten immer wieder, die "unheimlichen" Preiserhöhungen seien neben den "schweren" Löhnen an der Preissteigerung schuldig. Die oben erwähnte Statistik entlarvt auch diese Behauptung als Schwindel, indem sie folgende Aufstellung über den Frachtenanteil an einigen Warenpreisen bringt:

Frachtenanteil in Prozenten	Februar 1923	1918
Kartoffeln	2,0	(8,1)
Wolle	7,4	(10,8)
Wälder	0,3	(85,6)
Stahlfabrik	12,5	(82,6)
Stahlfabrik	2,7	(7,7)

Ein Blick auf diese Zahlen zeigt, daß der Frachtenanteil an Warenpreisen heute viel geringer ist, als in der Zeit vor dem Kriege. Dies ist ein zahlenmäßig festgestelltes, daß sowohl der Lohn als auch der Frachtenanteil die gewaltige Steigerung der Warenpreise nicht verursacht haben. Das Unternehmertum benötigt diese Feststellung nur als Verschleierung einer rasenden Profitgier.

### Ein tüchtiger Kontrollauschuss.

Der Kontrollauschuss von Oelsbth, der seit Ende Januar besteht und sich zusammensetzt aus 10 sozialdemokratischen und 10 kommunistischen Arbeitern, hat seit der Zeit seines Bestehens sehr viel praktische Arbeit geleistet. Bis Anfang März hat der Kontrollauschuss 200 Zentner Kohlen beschlagnahmt, die verschoben werden sollten, und sie den Volksschulen überwiesen. Seit Wochen konnte man einige Volksschulen geschlossen wegen Kohlenmangel. In vier gemeindeten Dörfern konnte verschiedene Waren um 225 000 Mark billiger verkauft werden. Am 2. d. M. stellte der Kontrollauschuss an den Gemeinderat den Antrag, Milch-Vorzugskartons für Säuglinge, Minderbemittelte, Kranke, werdende und stillende Mütter auszugeben. Die politische Abteilung des Kontrollauschusses konnte feststellen, daß die Faschinen auch nach Oelsbth ihre Fingerringe ausgestreckt haben. Der Kontrollauschuss wird ihrer Tätigkeit seine besondere Aufmerksamkeit widmen.

Die auch in Schlesien bestehenden Kontrollauschüsse mögen sich diesen Kontrollauschuss zum Vorbild nehmen.

Die Arbeiterklasse derjenigen Orte, in denen noch kein Kontrollauschuss besteht, möge darauf achten, wie notwendig es ist einen Kontrollauschuss zu bilden.

## Wo die Ruhestille bleibt!

Ein Arbeiter hat im Zuge dieses Jahres ein Erlebnis gehabt, über das er folgendenmaßen berichtet:  
"Wir gegenüber in der 3. Klasse sitzen zwei verteilte Schupooffiziere, die sich zufällig getroffen haben. Folgende Unterhaltung hörte ich:  
"Was machst du denn jetzt, seitdem du aus der Front bist?"  
"Mir geht es großartig! Seit vier Wochen bin ich nichts! Es gut habe ich es noch nie gehabt. Meine abhanden gekommenen, aber besser gesagt, nicht vorhanden gewesen alten Sachen, habe ich alle neu ersetzt bekommen. Derhalt geht weiter. Diese Woche habe ich noch eine größere Zuteilung von der 'Ruhestille' bekommen, außerdem noch aus einer besonderen Spende- und Pflegegeld! Duzende Einladungen auf Monate hinaus!"  
"Der andere: 'Wo fährst du jetzt hin? Ich fahre ins lutherische Gebiet, je nach Bedarf.'"  
"Ich fahre nach Dortmund.""  
"Was machst du denn da?"  
"Bist du nicht Selbstredend Propaganda gegen die Kommunisten. Dieses Gefindel will jetzt eine Rote Armee bilden, die sogenannten Hunderttausenden. Ja, ich werde ihnen schon einsteigen. Ich fahre dorthin, du kennst mich doch! Es wird nicht der erste sein, den ich erledige.""  
"In Dortmund geht es nicht so leicht. Geh dich vor!"  
"Du, wir wollen eine Wulle trinken, ist ja dran, die Republik bezahlt ja alles! Sabotage!"  
Dann verschwanden die Offiziere im Straßenraum. Nach Wiedereintritt in den Schaffner der Schlafwagen. Die beiden Herren haben natürlich Militärfahrkarten.  
"Bist du jetzt noch jemand finden, der nicht von der 'Güte' — die ja manchmal zweifelhaft erscheinen wird — der Ruhestille Bergwerk sein wird? Die Schupooffiziere leben herum und in Freuden auf Kosten der Ruhestille. Der N.S.D. verlangt einer Stundenlohn der Arbeiter für die 'Ruhestille'. Die Schupooffiziere bekommen der Gelder, die ihnen ein Pfund nach dem Proletariat einzufließen. Wird jetzt noch jemand wagen, die Arbeiterkraft auf den Ruhestille-Schupooffiziere zu werfen?"

In der Eisenbahnzeit haben in Oberhausen, wo bei die meisten Arbeiter mit Arbeitsscheitern beschäftigt, Arbeiter, Arbeiter, ein Teil der Arbeiter wird bei Planierungen der Eisenbahn eines Gewerkschafters

# Zu den tatsächlichen Differenzen.

Beschäftigt. Die Arbeiter erhalten dafür zwei Drittel des Tariflohnes aus der Ruhrspende. Die Spekulative Firma selbst zahlt keinerlei Zuschuß. Das ist ein Geschäft, gott-wohlgelällig und national!... Die Firma bekommt neue Anlagen, die Kosten werden aus der Ruhrspende gedeckt. Ein Teil der Ruhrspende besteht aus Abzügen vom Lohn, die der ADB billigt.

## Für die Rechte der Landarbeiter.

Die Kommunistische Fraktion des Reichstages hat zur Etatsberatung folgende Entschließung eingereicht:  
Der Reichstag wolle beschließen:  
Die Reichsregierung wird ersucht, mit künftiger Beschleunigung auf eine gesetzliche Neuordnung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Landarbeiter unter folgenden Gesichtspunkten hinzuwirken:  
1. Die durchschnittliche Arbeitszeit darf acht Stunden nicht überschreiten;  
2. Der Lohn ist mindestens das jeweilige Existenzminimum zu gewährleisten;  
3. Die Wohnungen müssen allen hygienischen Anforderungen entsprechen;  
4. Die Zuständigkeit der Gewerbe gerichte und der Gewerbeaufsicht ist auf die Land- und Forstwirtschaft auszu dehnen.

## Niedriger hängen!

Die „Volkswacht“, das in Breslau erscheinende sozialdemokratische Organ, bringt in Nr. 77 vom 3. April an leitender Stelle einen Artikel ihres „Münchener Korrespondenten“ unter der Überschrift: „Schwarz-Weiß-Rot gegen Blau-Weiß“. Der „Münchener Korrespondent“ beschäftigt sich mit den Verhältnissen in München, mit den Absichten der Deutschösterreichischen und der bayerischen „Stahlhelm“, denen Erwerb durch sein Zupacken angeblich in die Suppe gespuht hätte und selbst sich bei dieser „Beschäftigung“ nachsteigende Gemeinheit.

Unter einer mehr für ihre Selbsterhaltung als die gleichmäßige Wahrung staatsbürgerlicher und verfassungsmäßiger Rechte bedachten Regierung konnten die mit anerkannten Mitteln (Sprache) und hochentwickelten Mitteln arbeitenden Hiltterbänden verheißungsvolle Vorarbeit leisten, und zwar für alle Teile des in München domizilierenden Gemeinwesens zur Bekämpfung und Sühnung der „Hiltterbände“.

Der „Münchener Korrespondent“ der „Volkswacht“ ist niederrichtig genug zu behaupten. Sowjet-Rußland unterstütze finanziell die Hiltterbände. Wir stellen weiter fest, daß die „Volkswacht“ durch die unbeantwortete Verhöhnung dieser niederrichtig-gemeinen Behauptung, sich mit diesem Schuft hiltterisiert. In ihrem Bestreben, Sowjet-Rußland und die Kommunisten bei den Massen in Mißacht zu bringen ist diesen politischen Schiebern jedes Mittel recht. Es ist höchste Zeit, daß die sozialdemokratischen Arbeiter diese Sorte von „Hiltterbänden“ zum Tempel hinauswerfen.

## Konferenz der Opposition des Bergarbeiterverbandes u. der oppositionellen Betriebsräte

statt.  
Tagesordnung wird in der Sitzung bekanntgegeben.

Vorbemerkung: Sowohl auf dem 6. Bezirks-Parteitag als auch in den Mitgliederbesammlungen und Diskussionsabenden kam es zu ausgedehnten Diskussionen in den Fragen, Einheitsfronttaktik und Arbeiterregierung.

Am diese Diskussion zu befruchten, vor allen Dingen aber abzukürzen, dadurch, daß wir Klarheit schaffen in den Köpfen der Genossen und Genossinnen, veröffentlichte wir zu diesem Thema zwei Artikel, die wir der „Inprekorr.“ entnehmen. In dem ersten kommt die Genossin Ruth Fischer zu Wort, in dem zweiten präzisiert Genosse Brandler die politische Auffassung der Mehrheit. Wir beginnen mit dem Artikel der Genossin Ruth Fischer. Die Red.

## Die Opposition auf dem Parteitag der SPD.

Von Ruth Fischer (Berlin).  
Auf dem Leipziger Parteitag der SPD. kam es zu lebhaften Auseinandersetzungen in den Fragen der Einheitsfront und der Arbeiterregierung. Dieser deutsche Konflikt ist von internationaler Bedeutung; denn so sehr die Auseinandersetzung auf die Frage der Einheitsfront und der Arbeiterregierung zugeht, so wenig handelt es sich doch allein um diese Teilfrage unserer kommunistischen Politik, sondern um Grundfragen der Taktik der kommunistischen Internationale in der gegenwärtigen Periode.

Die Aufgabe der gegenwärtigen Periode in Deutschland ist die Gewinnung der Massen für den Kommunismus. Darüber besteht in den Reihen der deutschen Partei kein Streit. Aber über das Wie, trotz der schweren Verschärfungen der internationalen Lage, trotz des Anschauungsunterrichts über das Wesen des Imperialismus durch die Ruhrbesetzung befinden sich die arbeitenden Massen Deutschlands heute in der Defensive, sind müde, passiv, verzweifelt. Die konterrevolutionäre Haltung der Amerikaner und der Sozialdemokratie hat sich aber mit der Verschärfung der Internationalsituation und des faschistischen Angriffs nicht nur nicht abgeschwächt, sondern sich von Stappe zu Stappe gesteigert. Die Entwicklung des Kautskianismus in Deutschland, der Vereinigungsprozess der USPD und SPD, ist dafür ein besonders deutliches Zeichen. Und trotzdem gelangt es den Amerikanern und den Sozialdemokraten immer noch, breite Massen an ihre Fahnen zu locken. Aber was die Massen in ihrer Passivität hält, und was den Verrat der sozialdemokratischen Führer begünstigt, das ist nicht der Glaube an die „Demokratie“ und an den Sieg des Weltfriedens und des Völkerbundes der Kapitalisten; gerade die deutschen Arbeiter besitzen die bittersten und deutlichsten Erfahrungen über die Demokratie. Aber die durch die vier Nachkriegsjahre erworbenen Einsicht in die Schwierigkeit des Kampfes nicht nur vor Erlämpfung der politischen Macht, sondern vor allem nach Erlämpfung der politischen Macht ist für breite Arbeitermassen in Deutschland kein Anstoß zum revolutionären Vorwärtsschreiten, sondern heute noch oft ein Heimmis ihres Kampfeswillens. Gerade weil die Arbeitermassen in Deutschland im täglichen Kampfe begreifen gelernt haben, daß sie nichts erreichen, ohne die Machtfrage aufzurollen, gerade deshalb schrecken sie in jeder Bewegung genau an dem Punkte zurück, wo der Kampf umzuschlagen droht in den Kampf um die politische Macht, in den den Bürgerkrieg (Eisenbahnerstreik, Rathenau-Aktion). Die SPD. nützt diese Stimmung der Massen bewusst und geschickt aus, und rettet sehr oft ihre eigene gefährdete Position dadurch, daß sie den unzufriedenen Massen die Konsequenzen des Kampfes ausmalt. So hat die SPD. im Einverständnis mit den Amerikanern im Eisenbahnerstreik und in der Rathenau-Aktion die vorwärts-

brängenden Massen zurückgerissen. Und die Folge der Willkür der Bewegung war nicht nur eine Stärkung des Gegners, der Bourgeoisie, sondern auch eine Schwächung der eigenen Massenposition. Passivität und Verzweiflungslage, systematisch genährt von der SPD., wuchsen in den Arbeitermassen nach jeder Niederlage.

In dieser Situation kämpft nun die kommunistische Partei Deutschlands um die Gewinnung der Massen. Die Partei, die eine so schwere Entwicklung hinter sich hat und die, trotzdem ihre Wurzeln tief in die Vorkriegszeit der Sozialdemokratie hineinstreckt, als Parteigegebilde noch so jung ist, gewinnt langsam an Boden innerhalb der Massen des brennenden Proletariats und stellt langsam ihre Positionen in den Gewerkschaften und Betrieben. Nun steht die Frage: Wie kann dieser Prozess beschleunigt werden? Die Mehrheit des Leipziger Parteitages antwortet darauf:

Durch Antikämpfen an die sozialdemokratischen Funktionen der Massen. So sagt Brandler, der Sprecher und Führer der Parteimehrheit auf dem Parteitag:  
„In der Demokratie ohne Demokraten, in der Republik ohne Republikaner, wie wir sie haben, müssen wir das sein, was die Demokraten nicht sind.“

Noch klarer kommt diese Auffassung zum Ausdruck in einem Artikel desselben Genossen Brandler in der „Internationalen“, Heft 1, Jahrgang 1922, wo es heißt, daß wir die Massen nur gewinnen würden, wenn

wir anzukämpfen verstehen an die Auffassung der Arbeiter in gehobener Lebensstellung, wenn es möglich ist, den auf parlamentarischen Wege gewonnenen Staat und seine Macht in den Dienst des proletarischen Klassenkampfes zu stellen.“

Aus dieser Auffassung der Einheitsfronttaktik ergibt sich dann konsequent eine Auffassung der Arbeiterregierung, die im Rahmen des bürgerlichen Staates bleibt. In dem vom Leipziger Parteitag angenommenen Thesen der Mehrheit heißt die entscheidende Stelle:

Die Arbeiterregierung ist weder die Diktatur des Proletariats, noch ein friedlicher parlamentarischer Aufstieg zu ihr; sie ist ein Versuch der Arbeiterklasse, im Rahmen und vorerst mit den Mitteln der bürgerlichen Demokratie, gestützt auf proletarische Organe und proletarische Massenbewegungen, Arbeiterpolitik zu treiben, während die proletarische Diktatur hemmte den Rahmen der Demokratie sprengt, den demokratischen Apparat zerschlägt, um ihn völlig durch proletarische Klassenorgane zu ersetzen.“

Die Thesen sind sehr lang und enthalten noch viele Beschränkungen, daß die Arbeiterregierung Kampf bedeutet. Aber dieser geistliche Kraft löst nicht aus die Formulierung „ein Versuch, im Rahmen der bürgerlichen Demokratie Arbeiterpolitik zu betreiben“. Das ist die Stelle, die entscheidet und auf die es ankommt. Klarer formuliert das selbe Otto Bauer in einem Artikel „Kontaktsregierung und Klassenkampf“, der am 3. Januar 1922 in der „Freiheit“ erschien. Dort heißt es:

Die Wurzel des parlamentarischen Reformismus ist die Illusion, daß man mit bloßen parlamentarischen Aktionen die Machtverhältnisse zwischen den Klassen wesentlich verschieben könne. In Wirklichkeit hängt die Macht jeder Klasse von ihrer Verfügung über die militärischen und ökonomischen Machtmittel ab. Gleiche parlamentarische Formen haben ganz verschiedene Wirkungen, je nach den realen Machtverhältnissen, die hinter ihnen stehen.“

Der Austromarxismus erklärt klar und grob, daß Proletariat kann innerhalb der Demokratie die politische Macht erobern und ausüben. Die Anschauungen Brandlers leiden denselben Gedanken in das Gewand tatsächlicher Realpolitik. So gebrochen auch Genosse August Thalheimer das englische Sprichwort: „Der Pudding erprobt sich beim Essen“, um eine Taktik „aktiver Politik“ zu vertreten, nach der die SPD. mit den Massen an-

der demokratischen Tafel Platz nimmt in der Hoffnung, daß die Massen bald bemerken müssen, daß diese Weise ungenießbar sei. Vorstellig hat dieselbe Theorie der Genosse General in seinem drei Programmpunkten vor dem 4. Weltkongress formuliert, und zwar dadurch, daß er die Frage der demokratischen Arbeiterregierung in der Form der Fragestellung aufstellt. Dort heißt es: „Nehmen wir mit einer Arbeiterregierung als mit einer Konstruktiv, die in der Übergangsperiode der Diktatur nur wenigstens in einigen Staaten mit ihrer Existenz eine Zeit ausfüllen kann, die auch in noch demokratischer Verhältnissen eine bestimmte längere oder längere Zeit als eine Regierung existieren kann?“

## Faschisten und Franzosen Arm in Arm

Das „Ruhr-Gez“ molbet.

In den Städten des gebeugten Gebietes haben sich in letzter Zeit bürgerliche Selbstschutzbewegungen gebildet. Diese Organisationen sollen angeblich den Zweck haben, die Geschäftsleute vor Plünderungen zu schützen. In den jüngsten Tagen haben die Selbstschutzbewegungen eine ganze Reihe ehemaliger Schupooffiziere, Mannschaften, sowie ausgesprochene Faschisten in ihre Reihen aufgenommen, die bewaffnet die Straßen durchstreifen und allmählich ihre Angriffe gegen die Arbeiterorganisationen, wie es vor einigen Tagen in Kottbusen geschehen ist. In Essen wurde die Nachricht verbreitet, daß die Franzosen die Bewaffnung des Selbstschutzes nicht gestatten wollten. Diese Nachricht wird durch den stichhaltigen Nachrichtendienst der Franzosen am Offener Hauptbahnhof dementiert.

Gegenüber den in der Stadt Essen aufgetauchten und verbreiteten Gerüchten über die Unterjagung eines Selbstschutzes der Bewohner wird hiermit festgestellt, daß diese Gerüchte unwahr sind, der Selbstschutz vielmehr einem Wunsch der Besatzungsbehörden entspricht.

Auch hier bildet sich also die neue Einheitsfront. Die Franzosen sind nie Feinde der bürgerlichen Faschisten gewesen. Warum sollten sie Feinde der rheinisch-westfälischen Faschisten sein?

Herr Severing aber wirtet in Preußen gegen den Selbstschutz der Arbeiterschaft und stellt die Stiebeln Blamarts an, um ein neues Ausnahmengesetz gegen die proletarischen Hundstafeln auszufertigen, damit die Einheitsfront zwischen Faschisten und Franzosen keine Hemmung erleidet und seine Parteigenossen, die Redakteure der SPD-Presse und die Beamten der Gewerkschaften, bekämpfen mit den Argumenten des Reichstagesbeschlusses selbigen Angehendens die proletarische Selbstschutzbewegungen mit dem Fanatismus echter Renegaten.

## An unsere Kolporteure.

Es ist dringend erforderlich, daß sofort sämtliche Restschulden für März abgerechnet werden.  
Die Expedition.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: Johannes Garsch; für den Inseratenteil: Max Schöcher; Druck und Verlag: Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien e. G. m. b. H., sämtlich in Breslau.

## Die vierzehn Tage.

Ein sozialer Roman von Jao London.

Wenn es sich so verhält, dann war die Gesellschaft eine Lüge. Ich schreide vor meinen eigenen Schlüssen zurück. Es war zu fürchtbar und abschließend, um wahr zu sein. Und doch, da war Jackson, und Jacksons Arm, und das Blut, das mein Kleid besetzte und von meinem eigenen Dach herabstropfte. Und es gab viele Jacksons — hunderte allein in der Spinnerei, wie Jackson selbst gesagt hatte. Jackson konnte ich nicht entlassen.  
Ich sprach Herrn Wilson und Herrn Vertonwaithe, die beiden Hauptaktionäre der Sierra-Spinnwerke. Aber diese konnte ich nicht bewegen machen wie die beiden Maschinenisten, die in ihrem Dienst standen. Ich erfuhr, daß sie eine überlegene Moral hatten als die übrige Gesellschaft. Ich möchte sie die aristokratische oder die Herrenmoral nennen. Sie sprachen weißlich über Politik und sie identifizierten Politik und Recht. Und für mich hatten sie väterliche Worte und behandelten mich gönnerhaft in Rücksicht auf meine Jugend und Unverahrenheit. Sie waren die Hoffnungslosesten von allen, die ich in meiner Sache aufgesucht hatte. Sie wären durchaus der Meinung, daß ihre Verwaltung recht sei. Darüber gab es keine Frage, keine Diskussion. Sie waren davon überzeugt, daß sie die Retter der Gesellschaft seien und daß sie der großen Masse das Glück brächten. Sie, nur sie allein waren infolge ihrer Weisheit instand, für die arbeitende Klasse zu sorgen. Und sie erwarteten ergebene Bilder von dem Land, das die Arbeiter finden müßten, wenn sie ohne Beschäftigung wären.  
Soglich nach der Begegnung mit diesen beiden traf ich Galt, der ich meine Erfahrungen berichtete. Er sah mich mit befriedigtem Ausdruck an. Er lächelte, das ich kein. Sie sangen an, sich nach der Wahrheit zu häufen. Es ist Ihre eigene eitle Empirie. Teratage meine ung. und ich habe kein Recht, in den industriellen Verhältnissen hat willkürliche Hand-

lungsfreiheit, mit Ausnahme des Großkapitalisten; und er selbst auch nicht, wenn Sie die Sache genau betrachten. Sie sehen, die Herren sind vollkommen davon überzeugt, daß sie in allem, was sie tun, recht haben. Das ist die höchste Abgemachttheit der ganzen Situation. Sie sind so gebunden durch ihre menschliche Natur, daß sie nichts tun können, ohne daß sie es für recht halten. Sie müssen eine Sanktion für ihr Tun haben.  
Wenn sie etwas tun wollen, etwas geschäftliches natürlich, müssen sie warten bis irgendeine in ihrem Sinn ein religiöser oder ethischer oder wissenschaftlicher oder philosophischer Begriff entsteht, daß es recht ist. Dann gehen sie daran, und tun es, wobei sie nicht wissen, daß der Wunsch der Vater des Gedankens ist — eine der menschlichen Charakteristika. Einerlei, was sie tun wollen, die Sanktion kommt immer. Sie sind oberflächliche Kapuziner. Sie sind Jesuiten. Sie wissen geradezu das Unrechte so zu tun, daß dabei das Rechte herausschneidet. Eine der angenehmsten und unumstößlichen Fiktionen, die sie geschaffen haben, ist die, daß sie der übrigen Menschheit an Weisheit und Nüchternheit überlegen sind. Daher trägt ihre Annahme, die Aufsicht über Brot und Butter der übrigen Menschheit zu haben. Sie sind es auch, die die Lehre vom göttlichen Recht der Könige wieder zum Leben erweckt haben — in ihrem Fall: der Jungelsherrschaft.  
Die Schwäche in ihrer Position liegt darin, daß sie nur Gedächtnisse sind. Sie sind keine Philosophen. Sie sind weder Biologen noch Soziologen. Wenn sie es wären, dann wäre natürlich alles gut. Ein Geschäftsmann, der gleichzeitig auch Biologe und Soziologe wäre, könnte nur das Beste, was die Menschheit zu tun wissen. Aber außerhalb des Reiches der Wissenschaft sind keine Leute kumpfmäßig. Sie nur das Beste, was sie können. Sie sind nicht mehr als die Götter, und doch führen sie sich als die Herren an. Der Gedanke der Jungelsherrschaft ist die Idee der Millionen von Millionen. Die Idee der Jungelsherrschaft ist die Idee der Millionen von Millionen.

Ich war nicht überrascht von dem Ausgang meiner Unterredung mit Frau Wilson und Frau Vertonwaithe. Sie waren Frauen der Gesellschaft. Ihre Heime waren Paläste. Sie hatten eine Menge Häuser, die zerstreut auf dem Lande lagen, im Gebirge, an den Seen, und am Meer. Sie hatten eine Armee von Bedienten, und die Fülle ihrer sozialen Betätigungen war verwirrend. Sie patronisierten die Universitäten und die Kirchen, und besonders die Geisteswissenschaften in demüthiger Untertänigkeit vor ihnen auf den Knien. Diese beiden Frauen waren Mächtige, und sie waren es kraft ihres Geldes. Sie hatten in einem bemerkenswerten Grade die Macht der Ideenförderung, wie ich bald unter Ernsts Belehrung erfuhr.  
Sie ästeten ihren Mänteln nach um Sprachen in den gleichen hohen Tönen über Politik und über die Pflichten und Verantwortlichkeiten der Reichen. Sie waren von herrlicher Moral wie ihre Männer bederricht, der Moral ihrer Klasse; und sie machten glatte Phrasen, die ihre eigenen Ohren nicht verstanden.  
Sie wurden aufgebracht, als ich ihnen von der besagten Lage der Familie Jacksons sprach und mich darüber wunderte, daß sie keine freiwillige Furlongs für den Mann ins Meer geschickt hätten. Ich wurde belehrt, daß sie niemandem für Belohnungen dankbar sein, die er ihnen hinsichtlich ihrer sozialen Pflichten machte. Als ich sie rumbog, daß Jackson beizustehen, lebten sie es eben so rumbog ab. Das Schönste dabei war, daß sie mit fast ganz denselben Worten eschrieben, und das in Anbetracht der Tatsache, daß ich sie beide gefondert aufsuchte und daß keine von beiden wußte, daß ich die andere gesehen hatte oder im Begriff war, sie zu sehen. Sie erwiderten beide, sie wären froh, es klar anzusprechen; niemals würde ich sie eine Weile an Anbetrachtung gehen zu sehen, auch wollten sie nicht dadurch, daß der Unfall erwidert würde die Armen dazu verleiten, sich selbst in die Maschinen zu werfen.  
Und sie waren aufrichtig. Diese beiden Frauen, die waren froh, daß sie den Gedanken ihrer eigenen Belohnung nicht zu sehen, die sie

hatten für alles, was sie taten, eine Sanktion in ihrer eigenen Klassenmoral. Als ich von Frau Vertonwaithe Haus wegfuhr, betrachtete ich es noch einmal, und ich dachte an den Ausdruck Ernsts, daß sie an die Maschinen gebunden seien, aber so, daß sie oben auf der Spitze derselben saßen.  
5. Kapitel.  
Die Wiltberger.  
Ernst kam häufig in unser Haus. Indesert war es nicht nur mein Vater allein, auch waren es nicht nur die politischen Tischgesellschaften, wodurch er angezogen wurde. Vielmehr schmeichelte ich mir damals, daß ich selbst zum Teil die Begründung zu seinen Besuchen war, und bald nachher erfuhr ich, daß meine Vermutung richtig war. Ich gab es einen Liebhaber wie Ernst Eberhard. Sein Bild und sein Handdruck wurden fester und fester, wenn es überhaupt möglich war; und die Frage, die von Anfang an in seinen Augen gelegen hatte, wurde nur noch gebietender.  
Er wurde mein Orakel. Zu meinem Besten rief er die Masse vom Gesichts der Gesellschaft und gewährte mir flüchtige Willkürsblicke, die ebenso unangenehm wie unbefriedigend richtig waren.  
Wie ich sagte, es gab nie einen Liebhaber wie ihn. Kein Mädchen konnte bis zu ihrem vierundzwanzigsten Jahre in einer Unverheiratetheit leben, ohne Giebeserfahrungen gemacht zu haben. Ich war auch bereit worden, und zwar von barlosen Studenten wie von Professoren, von Athleten wie von Fußballspielern. Aber keiner von ihnen machte mir so den Hof wie Ernst. Er hatte mich umarmt, bevor ich's wußte. Seine Lippen berührten die meinen, ehe ich Einspruch erheben oder es verhindern konnte, bevor seine leiseren konventionellen roten Worte lächerlich wirkte. Er rief mich von meinen Füßen weg durch sein glänzendes, unbedeutendes Angehen. Er machte keinen Antrag, er umarmte und lächelte mich und hielt es für abgemacht, daß wir uns belatsen würden. Darüber gab es keine Diskussion. Die einzige Diskussion — und die entstand später — entstand über, wann unsere Vermählung stattfinden sollte.  
(Fortf. folgt.)

# Versammlungs-Kalender.

Jede Zeile unter dieser Rubrik kostet 10 Mark.

**KPD** Bezirksleitung: Büro u. Kasse: Breslau, Erdbergstr. 60, Tel. Ring 9987, Uhrzeit: Uhr. Oeffener, Breslau, Erdbergstr. 60.

**Ortsgruppe Breslau, Sprachkurse: Raquilplatz 5-7**  
 - Donnerstag, den 5. April, abends 7 Uhr, gemeinsame Sitzung der Orts- und Bezirksleitung im Parteibüro, Nikolaistraße 49/50. Sehr wichtige Tagesordnung. Kommt bitte pünktlich.  
 - Mittwoch, den 6. April, abends 8 Uhr, Parteitag. Alle Mitglieder müssen erscheinen, da wichtige Tagesordnung.  
 - Mittwoch, den 6. April, 8.30 Uhr, Parteitag. Alle Mitglieder müssen erscheinen, da wichtige Tagesordnung.  
 - Donnerstag, den 7. April, abends 7.30 Uhr, wichtige Parteitagung im Versammlungsraum der Produktiv-Genossenschaft, Nikolaistraße 49/50.  
 - Freitag, den 8. April, vorm. 10 Uhr, bei Frau Walter, Monnowitz-Str. 11, wichtige Parteitagung. Edmündliche Genossen haben pünktlich zu erscheinen.  
 - Samstag, den 9. April, vorm. 10 Uhr, bei Frau Walter, Monnowitz-Str. 11, wichtige Parteitagung. Edmündliche Genossen haben pünktlich zu erscheinen.  
 - Sonntag, den 10. April, abends 7 Uhr, Parteitagung bei Frau Walter, wichtige Tagesordnung. Edmündliche Genossen u. Genossinnen in Breslau, Punkt 6.30 Uhr Parteitagung.  
 - Sonntag, den 8. April, nachm. 6 Uhr, bei Frau Walter, Monnowitz-Str. 11, wichtige Parteitagung. Edmündliche Genossen in Monnowitz bei Frau Walter, Monnowitz-Str. 11, wichtige Parteitagung.

## Gewerkschaften

**Vertrag Deutscher Metallarbeiter-Verband**, Donnerstag, den 5. April, abends 7.30 Uhr, im Hauswirth, Mitglieder-Versammlung. Wichtige Tagesordnung. Kommt pünktlich.  
**Gewerkschaften**, Sonntag, den 7. April, nachm. 4.30 Uhr, findet in Giesowitz, im Südtorpark, eine Konferenz der Deputation des Bergarbeiterverbandes und der oppositionellen Betriebsräte statt. Die Tagesordnung wird in der Sitzung bekanntgegeben.

## Schauspielhaus

**Opernhaus**, Telefon R. 2548  
 Donnerstag 7 1/2 Uhr  
**Karl Grünwald**  
**Die Csardasfürstin**  
 Freitag 7 1/2 Uhr  
**Karl Grünwald**  
**Das Dreimäderlhaus**  
 Samstag 7 1/2 Uhr  
**Madame Pompadour**  
 Sonntag 7 1/2 Uhr  
**Schwarzwaldbädel**  
 nachm. 5 1/2 Uhr  
**Karl Grünwald**  
**A. Zsigmondy**

## Zeltgarten

**Täglich 8 Uhr**  
**Fürstenliebe**  
 Lustspiel in 4 Akten  
 Vorverkauf Barack.  
**Gebrauchte Wäsche**  
**Kleidungsstücke**  
**Schuhe, Betten**  
**Fahrräder, Nähmaschinen**  
 usw.  
 In den 10 an  
 11111111111111111111  
**Brüll & Co.**  
 Matthiasstraße 38 I.

## Hast Du schon das Kommunistische Elementarbuch gekauft?

**Zahle die höchsten Preise für Gold-, Platin-, Silber-Bruch, alle Schätze**  
 Streng reelle Bedienung. Einkauf täglich 8-7 Uhr.  
**Ueberbiete jeden Konkurrenzpreis.**  
 Bei steigendem Dollar sofort höhere Preise.  
 Kein Zahn unter 4000.- Mk. Knopfstifte die Hälfte.  
**Breslau, Matthiasstr. 18 I**  
 Th. Schade.

**Für unsere Bibliothek**  
 suchen wir sofort einen gebrauchten, aber gut erhaltenen  
**Schrank**  
 zu kaufen.  
 Angebote an Artur Müller, Breslau, Nikolaistraße 49/50 (Bachkanzlung)

**Gold-Silber Platin - Bruch, Dabbe**  
 nach dem Kleinsten Quantum kauft über Rekordpreis  
**E. Heitsch, Bismarckstr. 4/10**  
 Hans Tichauer.

**Meine Preise sind bekannt als die höchsten**  
 für Alteisen, Metalle, Zeitung, Makulatur u. Papier  
**A. Linke**  
 Rohproduktenhandlung  
 Lessingstraße 10  
 Telefon Ohle Nr. 6582 Nebenstelle.  
 Bitte um Hausnummer achten.

**Altmetalle**  
**Alteisen**  
 Zahle dem Dollarstand entsprechend höchste Tagespreise.  
 Händler Vorzugspreise.  
**Metallkeller**  
 Lessingstr. 9. Tel. R. 11569.  
 Achtung Hausnummer  
 Ausweis mitbringen.

**Achtung! Wo?**  
 kauft man neue und gebrauchte Möbel sowie ganze Einrichtungen am billigsten und vortheilhaftesten  
 Bei H. Kluge  
 Neumarkt 12, I.

**Zidelfelle**  
 kauft zu bekannt realen Tagespreisen  
**H. Freudenberger**  
 Güte und Gekke  
 Breslau 1, 36  
 Ringstraße 11  
 Eingang Barockhof  
 Telefon Ohle 3146  
 nach Ring 5103.

**Altmetalle**  
 Kupfer, Messing, Zink, Zinn, Blei und Eisen kauft zum Tageskurs  
**August Hoffmann**  
 Bankkommerz und Installationsgeschäft  
 Breslau 8, Brädersstr. 34  
 vorn im Laden.  
 Tel. R. 3095 Nebenstelle.

**Lelet und verbreitet die Schles. Arbeiter-Zeitung!**

**Neu erschienen:**  
**Zum 5. Jahrestag der deutschen Revolution**  
 35 Seiten stark  
 broschiert 40 M.  
 Zu beziehen von der  
 Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien e. G. m. b. H., Abteilung Buchhandlung, Breslau, Nikolaistraße 49/50  
 sowie alle Literaturbörsen.

**Wieder eingetroffen:**  
**Calchen-Kalender der KPD. für 1923.**  
 255 Seiten stark  
 Preis: 250.- M.  
 Zu beziehen durch die Produktiv-Genossenschaft f. die Prov. Schlesien  
 Breslau 1, Nikolaistr. 49/50  
 Abteilung: Buchhandlung.

**Achtung Genossen!**  
 Solange der Vorrat reicht verkauft  
 neue Stiefel und Schnürschuhe  
**Kupczak**  
 Sadowastr. 14, III.

**Aluminium-Zinngefäß**  
 sowie sämtliche Metalle und Eisen  
 kauft  
**M. Bartsch / Oderstrasse 17.**  
 Achtung auf Haus-Nummer.

**Güte Altmetalle**  
 gut getrennte  
 Gießereiwand  
 und Schmelzen  
 kaufen zu höchsten Preisen  
**Friedrich & Co., Lessingstr. 5,**  
 Tel. Ring 0017  
 Filiale: Lewaldstraße 28

**Proletarier lies!**  
 Nur durch die Verlesung Deines Wissens kann die geistige Diktatur des Kapitals gebrochen werden.  
**Die Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien e. G. m. b. H.**  
 Abtl. Buchhandlung Breslau Nikolaistraße 49/50  
 hat ein reichhalt. Lager aller einschlägigen proletar. Literatur aufzuweisen  
 Eine reichhaltige Sendung neuer kommunistischer Literatur ist eingetroffen.

**Zahle**  
 für Rotw. Aktien jeder Art sowie für Wechsel, Anleihen und Forderungen  
**die höchsten Tagespreise**

**Sieben neu erschienen:**

**Spitzel.**  
 Das dem Saupf der politischen Polizei.  
 Broschüret, 61 Seiten stark, Preis 900 M.

**Das zukünftige Petrograd.**  
 Von G. Zyperowitsch.  
 Broschüret, 137 Seiten stark, Preis 900 M.

**Theorie des historischen Materialismus.**  
 Von L. Bucharin.  
 Broschüret, 372 Seit. stark, Preis 4500 M.

Zu beziehen durch: Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien e. G. m. b. H.  
 Breslau, Nikolaistraße 49/50.  
 Abteilung: Buchhandlung.

**Sieben neu erschienen:**

**Das freie Land!**  
 Kommunistischer Bauern-Kalender für das Jahr 1923  
 mit 2 Kunstbeilagen und 1 Wandkalender  
 Preis 150.- Mark  
 Zu beziehen durch die  
 Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien e. G. m. b. H., Abteilung Buchhandlung, Breslau, Nikolaistraße 49/50

**Steigt der Dollar, Steigt die Ware.**  
 Nur vorhandenen Bestände sind noch billig, darum  
**kauf heute**  
 denn unlegbar ist die Tatsache, daß infolge der hohen Herstellungskosten der volle Waren-Fabrikpreis 22.37/100 höher ist als meine jetzigen.  
 beispiellos ermäßigten Verkaufspreis  
**Tuch Lager Korte**  
 Breslau, Taubentzenstr. 2  
 Herrenstr. 7

**Für das Frühjahr**  
**Damenhüte**  
 in Crepe marocain, Chapeau, garniert - ungarisiert  
**M. Fichauer, Größtes Spezialhaus für Damenhüte**  
 Reussstraße 47

**Arbeitereltern! Die Zeitung Eurer Kinder! Der Junge Genosse**  
 Internationale Zeitschrift für Arbeiterkinder  
 Nr. 3  
 Aus dem Inhalt der reich illustrierten Nummer erwähnen wir: An alle Arbeiterkinder, Märzstürme, Nachtgesicht, Karl Marx. In Fortsetzungen erscheint eine Bildgeschichte von Harry u. Franz: Peter Pumpels Wanderungen. Die Berichte aus der Internationale zeigen das Leben der jungen Genossen in den Kindergruppen der Ukraine, Rußlands u. Dänemarks  
 Preis 120.- Mark  
 Zu beziehen durch alle Funktionäre der Kommunistischen Jugend und Kindergruppen  
**VERLAG DER JUGENDINTERNATIONALE**  
 BERLIN-SCHÖNEBERG / FEURIGSTRASSE 63  
 Auslieferungsstelle für Deutschland:  
 Verlag Junge Garde - Berlin C 2 - Stralauer Straße 12

**Eine ganze Bibliothek für nur 2000 Mark**  
 erhalten Sie durch das  
**Wirtschaftliche Arbeitnehmer-Jahrbuch 1923**  
 Es enthält alles, was man im täglichen Leben rasch wissen muß, z. B. wichtige Reichsgerichte, Kommunalverwaltung, Gewerkschaftsleitung, Arbeiterrecht, die gesamte Sozialversicherung, Erwerbslosenfürsorge, Arbeiterlohn, Arbeitsvermittlung, Reichsmietengesetz, Lohnsteuer, Bildungswesen, Malwarefragen, Staatsbankrott, Indemission, Wirtschaftskrisis (Preise, Löhne, Kurse, Produktion, Außenhandel, Arbeitslosigkeit usw.)  
 Beim Zeitungslesen, in der Versammlungsdebatte, beim Studium zu Hause, bei Beratung von Kollegen, beim Schutze eigener Interessen stets hilft Ihnen schnell und sicher das  
**Arbeitnehmer-Jahrbuch!**  
 Im Taschen-Format gebunden  
 Preis 2000.- Mark.  
 Zu beziehen durch  
 Produktiv-Genossenschaft f. d. Prov. Schlesien e. G. m. b. H.  
 Breslau, Nikolaistr. 49/50 - Abteilung Buchhandlung.

**Der Banterott Deutschlands!**  
 189 Seiten stark. Preis brosch. 400 M.  
**Deutschland - eine Kolonie?**  
 von Dr. Eugen Patulowski.  
 Aus dem Inhalt heben wir folgende Kapitel hervor:  
 1. Wasjen Kolonie soll Deutschland werden?  
 2. Die passive Wirtschaftsbilanz Deutschlands.  
 3. Die Produktion Deutschlands in der Nachkriegszeit.  
 4. Die Reparationsfrage.  
 5. Die Handels- und Zahlungsbilanz Deutschlands.  
 6. Außenpolitische Fragen.  
 90 Seiten stark.  
**Die Not der Proletarierkinder**  
 Herausgegeben vom Frauen-Sekretariat der KPD.  
 20 Seiten stark. Preis 100 M.  
 Bestellungen nimmt schon jetzt entgegen die  
 Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien e. G. m. b. H. / Breslau / Nikolaistraße 49/50.  
 Abteilung Buchhandlung.

Aus Gewerkschaften und Betrieben.

Kampf gegen Lohnabbau!

Den Kapitalklassen genügt nicht der Befehl der Reichsregierung an alle Schlichtungsstellen, für Monat März keine Lohnherabsetzung zuzulassen. Sie sind gewillt, zur Gehaltung ihrer selbstherrlichen Profitrate einen systematischen Lohnabbau durchzuführen. Nachrichten aus allen Teilen des Reiches bestätigen dies.

In Schlesien steht der Lohnabbau, bezw. Lohnstillstand obenan. Namentlich die Unternehmer der Textilindustrie suchen durch Arbeitsverkürzung die proletarier Arme und für Lohnabbau gefügig zu machen. Im Handelsbezirk sind die Löhne und Gehälter bereits im vorigen Monat zum Stillstand gekommen. Wegen die Abnahme der Breslauer Gemeindefabrikanten die bürgerlichen Parteien in der Stadtverordnetenversammlung Sturm. In anderen Berufsgruppen in Schlesien liegen die Verhältnisse ähnlich. Auch die „Proletarier im Stechtragen“ wehren sich gegen den Lohnabbau, wie der Streik der Breslauer Muster beweist.

Im Reich schreibt die Offensive des Kapitals ebenfalls vorwärts. In Jena, in dem „Musterbetrieb“ von Reih, ist (angeordnet!) ab 1. April alle Löhne um 5 Proz. zu kürzen. In Leipzig haben die Metallindustriellen ebenfalls unter Umgehung des Verhandlungsweges verfügt, daß ab 1. April die ab 11. März gewährte Zulage von 187 Mark pro Stunde nicht mehr zu zahlen ist. Die Unternehmer behaupten, daß die Lebensmittelpreise gefallen sind, können aber nicht bestritten, daß allein die Mehrausgaben für soziale Versicherung 85 Mark die Stunde ausmachen, daß der Mietbetrag für das zweite Quartal um mindestens 10 000 Mark gestiegen ist.

In Chemnitz gehen die Bauindustriellen einen anderen Weg. Sie versuchen, die geleerten gegen die ungelesenen Arbeiter auszuspielen. Nach einem am 5. April 1922 getroffenen Abkommen sind die Unterschiede zwischen den Löhnen der Bauhilfsarbeiter und denen der Bauhandwerker ausgeglichen auf etwa 5 Prozent. Die Kollegen erkannten allgemein, daß die großen Spannungen in einer Zeit, da der Reallohn 1/4 bis 1/2 des Vorkriegs beträgt, nicht berechtigt sind, daß die Klassenloyalität in der Zeit schärfster Klassenkampfes überhaupt verlange, die Auspielung einer Gruppe gegen die andere durch die Kapitalisten zu verhindern. Die Chemnitzer Bauunternehmer haben jetzt ohne Kündigung des Abkommens den in Frage kommenden Arbeitern einseitig gekündigt und ihnen erklärt, daß sie nur weiter arbeiten könnten, wenn sie sich mit den von ihnen diktierten Löhnen einverstanden erklärten.

In Hamburg verlangen die Unternehmer der feuerwehrlichen Betriebe die Löhne der nicht volljährigen ungelerten Arbeiter zu vermindern. Diese Beispiele zeigen, daß die Unternehmer mit dem indirekten Lohnabbau, mit der Senkung des Reallohnes durch Entwertung der inneren Kaufkraft der Mark nicht zufrieden, in brutaler Weise zum direkten Lohnabbau übergehen. Die Kapitalisten sind durchaus nicht so feinfühlig wie die freie Gewerkschaftsbürokratie, die seit über 10 Wochen als Hüter der Einheitsfront unter Berufung auf diese, jedem Kampf ausweichen. Das Unternehmertum steht frech vor und ist gewiß, daß sie trotz aller Zusätritte die A.D.B.-Bürokratie nicht gegen sich bekommt.

Die deutsche Arbeiterklasse steht vor einer großen Gefahr. Man will vermehrt eine profitillstere Gewerkschaft das Heer der Arbeitslosen, gibt einem Viertel davon eine elende Unterstützung und läßt die übrigen verhungern. Durch diese vor den Fabrikanten stehende Reservearmee sollen die noch Arbeitenden gefügig gemacht werden. Durch die Verhungerten sollen Krawalle provoziert, Gründe gefunden werden für die Rüstungen der Selbst-

schußverbände, der Faschisten. Nie war eine zersplitterte, energielose, kampfwidrige gewerkschaftliche Führung nötiger als jetzt — und nie nötiger die Geschlossenheit. Das deutsche Proletariat muß die Anfänge eines direkten Lohnabbaues bekämpfen, will es nicht in noch schnellerer Weise verelenden. Die noch in Arbeit stehenden müssen mit den etwa 800 000 Arbeitslosen durch die Gewerkschaften eine einheitliche Front bilden. Das Klassenbewußte Proletariat muß verhindern, daß hunderttausende Kameraden ins Meer des gleichgültigen, energielosen, dem Faschismus zum Opfer fallenden Unwissenproletariats versinken. Der Staat, der Milliarden hinauswirft, um den Kampf um die Produkte der Stimmlose zu führen, muß gezwungen werden zur Erhaltung der Arbeitslosen.

Kampf gegen Lohnabbau und Kampf gegen den Hungertod der Arbeitslosen. Arbeiter und Arbeitslose gemeinsam gegen ihre Peiniger!

Wie der Kampf gegen den Imperialismus von den Gewerkschaften geführt werden muß.

Der „kommunistische Gewerkschafter“ schreibt: Die kommunistischen Gewerkschafter haben nicht erst nach dem neuen Verlagen der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale und des A.D.B. in dem Ruhrkonflikt erkannt, daß die Amsterdamer weder willens noch fähig sind, den Ausbruch eines Krieges durch Proklamierung des Generalstreiks zu verhindern. Wir haben das schon seit Jahren gesagt. Wie richtig sie die Wirkung der Amsterdamer Politik voraussahen, beweist am deutlichsten die Resolution, die die kommunistische Fraktion auf dem Leipziger Gewerkschaftskongress zur Frage des Kampfes gegen den Krieg eingebracht hat. Sie lautet:

Wir nehmen mit Genugtuung davon Kenntnis, daß der Bundesvorstand heute wenigstens in der Theorie anerkennt, daß die Arbeiterklasse auf imperialistische Kriege anders reagieren muß, als es im August 1914 mit seiner Unterstützung der Faschisten. Ohne uns bei einer Untersuchung der Gründe aufzuhalten, die für die heutige Einstellung des Bundesvorstandes bestimmend sind, haben wir mit aller Deutlichkeit zu erklären, daß sie willens und fähig sind, im Ernstfalle den großen Worten die entsprechenden Taten folgen zu lassen. Jede ernsthafte Bekämpfung der drohenden Kriege und besonders das Zustandekommen eines Generalstreiks hat zur Voraussetzung, daß durch den tätigen rücksichtslosen Klassenkampf der arbeitenden Massen der vorhandene unüberbrückbare Interessengegensatz zwischen Proletariat und Bourgeoisie so scharf zum Bewußtsein gebracht wird, daß er durch keine wie immer geartete nationalstimmende Stimmungsmache vermischt werden kann.

Bei der Tätigkeit des Bundesvorstandes und des Internationalen Gewerkschaftsbundes fehlt dies entscheidende Voraussetzung vollkommen. Solange der Bundesvorstand mit den Kapitalisten in Arbeitsgemeinschaften zusammenarbeitet, solange er nicht gegen die die Arbeiterklasse bedrohenden Treibereien unternimmt, solange er eine Koalitionsregierung unterstützt, solange er mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund seine Hoffnungen auf den Völkerbund setzt, solange sich die genannten Körperkassen der Bildung einer internationalen Kampffront der Arbeiter widersetzen, solange sich maßgebende Führer des Internationalen Gewerkschaftsbundes wie J. S. Thomas, Brownlie weigern, den Generalstreik gegen den Krieg auch nur auf dem Papier zu befürworten, solange nicht ausschließlich die Interessen der Arbeiterklasse für die Politik des A.D.B. und des I.O.W. bestimmend sind, solange ist von dieser Seite die angelegliche Bekämpfung des Militarismus und des Krieges im besten Falle ein frommer Wunsch, auf jeden Fall aber eine gefährliche Illusion, die, statt kommende Kriege zu verhindern, die Proletariermassen von der einzig wirksamen Bekämpfung des Krieges abhält und somit den ungeführten Ausbruch eines Krieges erleichtert.

Well wir uns an der Verbreitung solcher unheilvollen Illusionen nicht mitschuldig machen wollen, stimmen wir gegen die Resolution des Bundesvorstandes. Wir haben dabei nicht nötig, besonders zu betonen, daß wir bei einem Generalstreik — der nicht nur auf dem Papier für eine mehr oder weniger nahe Zukunft angekündigt wird — nie bei jedem Kampf der Arbeitermassen in den vorbersten Reihen der Kämpfenden stehen werden.

Heute sehen die Arbeiter in allen Ländern das klägliche Verlagen der Amsterdamer Führer des Internationalen Gewerkschaftsbundes und der Landesgewerkschaftszentralen. Der ganze Jammer der Führer ist, daß die Arbeiterklasse jetzt nicht fähig ist zu einem Generalstreik, daß diese Führer noch immer nicht das Wesen des Klassenkampfes begriffen haben, und daß sie sich einbilden, man könne einen Generalstreik mit einer Pistole nach Polleben loschießen. Der Generalstreik gegen den Krieg ist nur möglich als Ordnung eines scharf zugepflanzten Klassenkampfes. Durch ihr Bündnis mit der Bourgeoisie erstickt die Amsterdamer die Voraussetzungen für den Generalstreik. Darum der Zusammenbruch der Amsterdamer Internationalen. Die Bourgeoisie erstickt sich für diesen Dienst-erkennlich, indem sie die nationale Zurechtweisung der Amsterdamer Führer lobt, die Arbeiter rücksichtslos denn je unterdrückt und die revolutionären Führer der Arbeiter in die Kerker wirft. Die Arbeiter müssen den Unterschied erkennen lernen zwischen solchen Führern wie Merheim und Baruel oder Monmousseau und Cachin, zwischen der Politik Amsterdams oder der von den Kommunisten unterstützten Taktik der Roten Gewerkschafts-Internationale.

Monatsversammlung des A.D.B. Zahlstelle Gottesberg.

Die am Sonntag, den 25. März, laufende Monatsversammlung des A.D.B. war nur schwach besucht. Kamerad Kirchner referierte über das Reichs-Knappschaffsgesetz. Er betonte, daß der sozialpolitische Ausschuß, der sich aus verschiedenen Parteien zusammensetzt, in dem aber keine Bergarbeiter seien, erst bei Paragraph 16 angefangen sei, obwohl 240 Paragraphen zur Beratung stünden. Kam. Seidel sprach über Knappschaffliches und Krankenkasse. Es entspann sich eine lebhafte Diskussion. Gen. Vogt führt an, daß das Reichs-Knappschaffsgesetz begraben bleiben wird, die Organisation müßte die Massen aufrufen, damit das Gesetz schneller zum Abschluß gebracht würde. Kam. Dierich aus der Bezirksleitung schloß sich wieder einmal veranlaßt, den schwachen Besuch der Opposition zuzuschreiben zu wollen und sich dagegen zu wenden, daß man die Massen bei jeder Gelegenheit aufrufe. Kam. Stenzel fordert, daß bei Feilgebirgen auch Wochengeld zu zahlen ist. Gen. Ulrich fordert Reparatur des Reichswagens auf der Grube, der jetzt einem Mistwagen ähnlicher ist, als einem Reichswagen. Kam. Kirchner erwiderte, daß derselbe bereits im Spätherbst repariert werden sollte und daß die Reparatur zum Frühjahr erfolgen wird. Gen. Ulrich beantragt: Der Grundlohn soll auf den wirklichen Arbeitslohn gesetzt werden, davon sollen nicht 60 Prozent, sondern 80 Prozent des Grundlohnes als Krankengeld gezahlt werden. Der Antrag fand einstimmige Annahme. Zu Punkt 2, Verhandlungsangelegenheiten, wurde auf die Maßfeier hingewiesen, daß dieselbe auf gewerkschaftlicher Grundlage durchgeführt werden und in Arbeitsruhe bestehen soll. Gen. Ulrich richtete an die Anwesenden den Appell, die Verbandsbibliothek in gutem ordnungsmäßigem Zustande zu erhalten. Die Ortsleitung brachte einen Vorschlag, die Muft bei Begräbnissen fallen zu lassen und dafür eine Entschädigung von 5000 Mark zu gewähren, Reichswagen und Trägeregel wird beibehalten. Der Vorschlag fand Annahme. Hierauf sprachen sich einige Redner scharf gegen die Dulds auf den Gruben aus und fordern ihre Entfernung. Kam. Seidel (S.P.) fordert, die Arbeitsgemeinschaft mit Hirschen und Christen aufzulösen und dafür Schaffung von Industrie-

betrieben. Kam. Schubert erinnerte daran, daß St. Wisniewski von der Bezirksleitung den Gen. Vogt bei Forderung von Industrieverbänden aufgelacht hat. Gen. Vogt fordert, daß die Beschlüsse der Verhandlungen auch in der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ erfolgen und Gen. Schüller wünschenswertes Betätigung an die Betriebsräte bei Fragen wie Lieberhichten, Rückschlüsse usw., damit sie nicht unvorbereitet ohne Befragung der Delegierten abstimmen. Bei einer Anfrage des Gen. Vogt über die Ruhrhilfe erwiderte Kam. Dierich, daß eine Liste herumgehen werde, in der sich diejenigen einschreiben können, welche sich keine Abzüge für die Ruhrhilfe machen lassen wollen. Gen. Ulrich weist noch auf die Verhandlungsmarkte (20 ML) und die Kaufkraftmarkte (6 ML) hin, die doch heute ein jeder haben kann.

Eine Arbeiterkammer zum Streik in Oberschlesien.

Ein Arbeiter der Heilige-Wunschgrube schreibt uns: Gültner- und Bergarbeiter Oberschlesiens, habt ihr schon nachgedacht, wer denn eigentlich an dem Arbeiterverrat schuld ist? Ich will euch eine kleine Aufklärung darüber geben:

Am 6. Januar 1922 tagte der Betriebsräte-Kongress in Gindenburg. Zu diesem, stillen, schließlichen Betriebsräte der Arbeitsgemeinschaft Oberschlesiens, eingeladen werden. Dies ist vom Ortsrat der freien Gewerkschaften in Gindenburg nicht geschehen, man lud nur die Betriebsräte des Kreises Gindenburg ein. Ebenfalls lud man die Gewerkschaftsleitungen der Christlichen und Christ-Dunkerschen Gewerksvereine nicht ein. Nachdem dieser Betriebsräte-Kongress zu keinem Resultat kam, um irgendeine Entscheidung gegen den Verfall der Stellung zu nehmen, vertrat er sich auf eine bestimmte Zeit. Nachdem im Februar nochmals zwei solche unvollkommene Kongresse einberufen wurden, natürlich wieder ohne Christ-Dunkerschen, Christliche und Union eingeladen, einigte man sich damit, daß am 9. März von 1—3 Uhr in allen Betrieben Protestversammlungen mit der Tagesordnung: „Stellungnahme gegen den Faschismus“ stattfinden sollten. Im Kreise Gindenburg ist auch die Parole überall befolgt worden; aber im Beuthener und Gleiwitzer Kreise nicht und warum? Weil die Betriebsräte in den letztgenannten Kreisen von nichts wußten! Die Betriebsräte waren ja viel zu hoch gewesen und deshalb hat man die Betriebsräte zu dem Gindenburg-Kongress nicht eingeladen. Auch die „Christen“ und „Hirsche“ waren ohne Einladung. Das Resultat des 9. März war vorausgesetzt. Man wart die Betriebsratsmitglieder, die die Protestversammlungen leiteten, rieflos auf die Straße. Dies liegen sich in erster Linie die Arbeiter des Bergwerkes nicht gefallen und legten geschlossen die Arbeit nieder mit der Aufforderung, der Arbeiterrat soll mit der Direktion verhandeln und durchsetzen, daß die zwei Betriebsräte Hirsche und Rühl wieder eingestellt werden. Der Arbeiterrat verhandelte auch unter Hinzuziehung von zwei Gewerkschaftsleitenden des „Union“ und vom Metallarbeiterverband mit der Direktion von 8 Uhr morgens bis 12 Uhr mittags, natürlich resultatlos. Die Direktion war immer der Ansicht, sie könnte beide Betriebsräte wieder einstellen, aber sie will nicht. Am 16. März wurde der Streik von den Gewerkschaften anerkannt und am 18. März wurde wieder ein Betriebsräte-Kongress einberufen, auf dem beschlossen wurde, daß die bereits im Ausstand befindlichen Betriebe weiter im Streik verharren, außerdem sollen noch 2—3 weitere Betriebe in den Ausstand treten, während die Gewerkschaften mit dem Arbeitgeber verhandeln werden. Am 16. März fand eine Konferenz der gewerkschaftlichen Arbeitsgemeinschaft in der „Wawaria“ in Gleiwitz statt. In dieser Konferenz erklärte Lehner von den Hirsch-Dunkern: „Meine Kollegen, ich verstehe sehr wohl, daß die Situation eine ernste ist, aber ihr habt den Karren, ohne uns dazu einzuladen, in

Die Entstehung der Jugendarbeit.

In den dem Kapitalismus vorausgegangenen Gesellschaftsformen waren es die Familie und das Handwerk, welches Schutz, Pflege und Erziehung der Jugend und ihre Einführung in die gesellschaftliche Arbeit oblag. Die Familie erzog und bildete ihren jungen Nachwuchs in ihrem eigenen Haus und der eigenen Hauswirtschaft heran, oder sie übertrug dem Handwerksmeister das Recht der väterlichen Erziehung. Der Jugendliche der als Lehrling in das Handwerk trat, war sicher, nach einer bestimmten Anzahl von Jahren Geselle, und nach einer bestimmten Anzahl von Gesellenjahre Meister zu werden. Das Wissen der damaligen Zeit war nicht so groß und mannigfaltig wie heute, doch es war eine umfassende, eindringende Lehre in seinem künftigen Beruf, welche dem Knaben und jungen Mann zuteil wurde.

Allerdings die Junge, die Berufsverbände des Handwerks schloßen sich stark nach außen ab und es gab außerhalb von ihnen in den Städten immer bald eine kleinere, bald größere Masse von Leuten, welche ihr Leben mit allen möglichen und unmöglichen Berufen fristeten. Die Soldatenarmeen beschäftigten usw. Je mehr das Geldbürgertum wuchs, je kräftiger das aufgeschichtete Kapital wurde, je mehr sich die Wirtschaft ausdehnte, desto losderer wurden die Bande des Handwerks mit seiner Meisterlehre und die der alten bürgerlichen Familie. Immer größer wurde die Zahl der Gesellen, die ewig Gesellen blieben. Die bisherige zumfällige Betriebsweise der Industrie reicht nicht mehr aus, die Bedürfnisse des wachsenden Marktes zu befriedigen. Es bahnte sich eine Umwälzung in der Wirtschaft der Gesellschaft an.

Die Manufaktur, die viele Handwerker unter den Befehl eines Kapitalbesizers, unter das Dach einer Werkstatt setzte, verdrängte das alte Handwerk. Der industrielle Mittelstand

verdrängten den Zunftmeister. In der Manufakturwerkstatt wurde bereits, zusammen mit der schriftlichen Entwicklung, immer mehr eine Arbeitsteilung in der Herstellung der Erzeugnisse durchgeführt, die der Handwerker früher als einzeln hergestellt hatte. Und dies gestattete die Verwendung von ungelerten Hilfsarbeitern. Waren jedoch in der Manufakturzeit, die ihren Namen daher hatte, das man die Erzeugnisse noch mit der Hand und dem Handwerkszeug herstellte, schon ungelernete Arbeiter neben gelerntem, so blieb doch ihre Zahl durch den überwiegenden Einfluß der gelernten Arbeiter sehr beschränkt. Nach wie vor blieben die strengen Gesetze und Gebrauche über das Lehrlingswesen (beschränkte Zulassung, lange Lehrzeit, Prüfungen) in Geltung und die Arbeiter (Gesellen) kämpften darum, daß diese Gesetze beibehalten werden, um das Lehrlingswesen der Lohnbezahlten, ungelerten Arbeiter zu verhindern.

Doch gerade in diesem ständigen Kampf zwischen dem Arbeiter und dem profitgierigen Kapitalisten erkand die Anwendung der Maschine als Kampfmittel gegen die Arbeiter. Und endlich trat der industrielle Kapitalismus, der mit der Entwicklung der Maschinentechnik mit ungelerner Kraft vorwärts drängte, den Sieg davon, und zerriß das zünftlerische Handwerk und die alte Familie.

Bärer, Mütter und Kinder, sie alle wurden jetzt in die Werkstätten des Kapitalismus gerufen! Die Maschine wird zum Mittel, Arbeiter ohne Muschelstrait, oder von unweiser Körperbildung anzuwenden. Das gewaltige Erasmittel von Arbeit und Arbeiter verdrängt sich jetzt in ein Mittel, die Zahl der Lohnarbeiter zu vermehren durch Einziehung aller Mitglieder der Arbeiterfamilie ohne Unterschied von Geschlecht und Alter unter die unmittelbare Veranlassung des Kapitals. Frauen und Jugendliche (Kinder und Jugendliche) war das erste Wort der kapitalistischen Anwendung der Maschine“ (Karl Marx im „Kapital“).

Die Folgen des Zunftwesens, doch auch die Möglichkeit, selbständige Meister zu werden,

verschwinden die Familie wird aufgelöst. Mann, Frau und Kinder werden zur Lohnarbeit gezwungen. Eine ungeheure Masse von jugendlichen Arbeitskräften, Kindern und Jugendlichen, die früher nur eine Ausnahme von der Regel waren, wuchsen zu einer nie gekannten Größe. So schafft der Kapitalismus eigentlich erst die Schicht der ungelerten jugendlichen Lohnarbeiter, die einfach Lohnarbeiter sind, ausgebeutet werden und keiner anderen Zukunft entgegensehen, als ewig ungelernete Arbeiter zu bleiben.

Eine schrankenlose Ausbeutung der jungen Arbeitskraft setzte mit dem Kapitalismus ein, die zu grauenhaften Verwüstungen der Gesundheit, der geistigen und körperlichen Kräfte der Jugend führte.

„Lasset die Kindlein zu mir kommen!“, das Beibehalten, das seine Briefe von allen Kanalen befürden, hat im Munde des kapitalistischen Bürgertums eine neue Form angenommen: „Lasset die Kindlein zu mir kommen in die düsteren Schächte und Fabriken, lasset sie zu mir kommen in die dampfenden Werkstätten, auf daß ich sie ausbeuten kann und bis aufs letzte meinen Profit von ihnen habe!“

So wuchs mit dem Kapitalismus gewaltig die Zahl der Jugendlichen in der Produktion. In der Industrie war in der ersten Zeit der offenen, wüsten Ausbeutung des Frühkapitalismus die Verwendung der jugendlichen Arbeitskraft eine so große, daß sie für die ganze erwachsene Arbeiterschaft eine große ungeheure Gefahr war. Denn sie brühte ja auf die Löhne und nahm die Arbeit. Doch die Arbeiterklasse erkannte sich in langen Kämpfen die Zurückdrängung und die harte Einschränkung der Kinderarbeit in der Industrie. Wenn so auch die Verhältnisse der jugendlichen Arbeiter zu den erwachsenen Arbeitern veränderte wurde, so wuchs doch ständig wachsender Strom von jugendlichen drängte sich aus dem zusammenbrechenden an Zahl abnehmenden Handwerk in die Fabriken. Jedoch das Lehrlingswesen hielt in

der Industrie im Verhältnis zur Gesamtzahl der jungen Arbeiter nur eine sehr geringe Rolle und ist eigentlich erst eine Erscheinung des letzten Abschnittes des industriellen Kapitalismus. Der Kapitalismus braucht vor allem ungelernete Arbeitskräfte. Billig, billig, billig, so soll der rechte Arbeiter für den Kapitalismus sein. Je weniger ein Arbeiter gelernt hat, je unqualifizierter seine Arbeitskraft — desto billiger ist der Preis seiner Arbeitskraft. So sucht das Kapital die Technik seiner Maschinen zu verbessern, daß sie nicht nur immer mehr Arbeiter für eine bestimmte Arbeit überflüssig machen, sondern daß sie immer weniger gelehrte Arbeiter erfordern. Was die Bedürfnisse unseres 2. Weltkongresses zum wirtschaftlichen Kampf der Jugendlichen feststellen. Die Zahl der berufstüchtigen Jugendlichen ging ständig zurück und im gleichen Maße wuchs laminarartig das Heer der ungelerten jugendlichen Arbeiter.

Wohl ist es für den Kapitalismus gerade mit Rücksicht auf die Verbesserung der Technik notwendig, eine Schicht von besser qualifizierten Arbeitern zu besitzen, aber dieses Bedürfnis nach sachkundigen und berufstüchtig ausgebildeten Arbeitern zur Bedienung und Instandhaltung seiner Maschinen deckt der Kapitalismus, indem er aus der Masse der ungelerten jugendlichen Arbeiter, und zu deren Nachteil, eine dünne Schicht von gelernten Arbeitern heraushebt. Obwohl dieses Verhältnis hat sich in den verschiedenen Ländern ihrer Entwicklung gemäß verschieden rasch und verschieden weit entwickelt. Aber was für die kapitalistischen weit fortgeschrittenen Länder des Westens weit schärfer gilt, kann man allgemein mit Gewißheit feststellen: die ungeheure Mehrheit der jungen Arbeiter ist zu lebenslänglichen Peinern in der Masse der ungelerten Arbeiter verurteilt. So will es das Profitinteresse des Kapitalismus. Darum muß sich auch die Jugend für die Befreiung des Kapitalismus mit aller Kraft einsetzen.

den Dreck gefahren. Jetzt, nachdem ihr unfähig seid, ihn allein herauszuführen, ruft ihr uns an, wie sollen euch helfen, ihn herauszuführen? Dies hat vieles zu verhehlen. Kollegen! Wenn wir den Dreck sämtlichen Gesellschaften eingeladen worden wären, hätte niemand eine Auerde gehabt und alle hätten unter dem Druck der Waffen mitschlagen müssen. Und hier liegt der munde Punkt. Sarger vom Metallarbeiterverband sagte auch dem Franz vom Bergarbeiterverband, er soll alle Gesellschaften einladen, aber er zankt sich lieber mit den Kommunisten und er ist es auch gewesen, der den Betriebsräten auf den Kongressen die Puppe ums Maul schnürte. Nachdem er aber sah, daß die Sache nicht gehen würde, ließ er alle Betriebsräte nach dem Generalkongress verlangen, machte er den letzten Hebel und rief die Ratione Schmidt, Bergarbeiter Rheinland-Westfalen zu dem am 28. März stattgefundenen Kongress, wo natürlich die 80 Betriebsräte der Union vollkommen ausgeschaltet wurden. Dieser Schmidt schnürte nicht die Puppe ums Maul, sondern er rief die Mäuler der Betriebsräte in der Puppe herum und zwar zwei Stunden lang, bis der halbe Kongress nach Hause ging und dann erst kam die verheerende Abstimmung, die folgendermaßen lautete: Wer gegen den Generalkongress ist, soll auf dem Stimmzettel ja schreiben und wer für den Generalkongress ist, soll nein schreiben. Dadurch waren viele Betriebsräte irritiert und es kam, was zu erwarten war, daß 122 Stimmen mit ja, also gegen und 85 Stimmen mit nein, für den Generalkongress waren. So ein Arbeiterverrat ist noch nicht vorgekommen, wie ihn Gewerkschaftssekretär Franz von den Bergarbeitern Oberhessens zustande brachte.

Kameraden des Bergbaues! Am 8. April in der Revierkonferenz der Bergarbeiter Oberhessens in Hinderburg habt ihr Gelegenheit zu beweisen, ob ihr mit „Julius“ zufrieden seid oder nicht. Wollt ihr euch noch länger an der Nase rumführen lassen? Nein und abermals nein!

Ein Bergarbeiter.

### Aus der Partei.

#### An unsere Ortsgruppenleitungen, Funktionäre und Mitglieder.

Parteilosen! Genossinnen!

Der Bezirksparteitag vom 3. und 4. März hat die Bezirksleitung beauftragt, die Mitgliedsbeiträge in feierlicher Form zu den notwendigen Verpflichtungen der Bezirksorganisation zu bringen. In den hiesigen Zeitungen wird mit großer Sorgfalt auf eine Veröffentlichung durch die „Stützensäule“ der Regierung hingewiesen. Obwohl durch diese die staatliche Geldstrafe den Krisenbedürftigen ebenfalls noch in den Kassen geworfen wird, müssen wir feststellen, daß unsere laufenden Ausgaben noch weiter gestiegen sind.

In der jetzt unerschöpflich überstauten Situation können wir es nicht beantworten, welche Aufgaben zu vernachlässigen, deshalb mußten wir auch für den Monat April die Mitgliedsbeiträge der Preissteigerung anpassen. Sie betragen in der I. Klasse pro Woche 300 M., in der II. Klasse 200 M. und in der III. Klasse 100 M. Der Bezirksparteitag verpflichtet jedes Mitglied als monatlichen Mitgliedsbeitrag mindestens 1 Stundenlohn zu zahlen. Wir erwarten von den Mitgliedsgruppenleitungen der einzelnen Ortsgruppen, daß sie durch Veranlassungsbefehl für ihre Mitglieder festlegen, in welcher Klasse die Beiträge zu zahlen sind und appellieren dabei an die Opferbereitschaft unserer Genossen und Genossinnen der Partei das zu geben, was sie braucht, um aktivitätsfähig zu sein.

Der Bezirksparteitag hat mit der Beitragsanpassung die Mitglieder von der Verpflichtung und die Bezirkskampffonds selbst genötigt zu bezahlen. Dafür aber die Genossen und Genossinnen verpflichtet, die Beiträge der mit uns Sympathisierenden in Zukunft mehr als bisher zur Zahlung von freiwilligen Beiträgen mit heranzuziehen, um so die eigenen finanziellen Lasten zu erleichtern. In den Kassen unserer Arbeitkollegen, Arbeitsräten und Schwestern, müssen wir für den Verlauf unserer Bezirkskampffondsarbeiten und jeder Protest der weiteren Kampf für richtig anerkennen und sich zu der Überzeugung durchringen, daß wir Kommunisten allein den proletarischen Klassenkampf führen, und gerne sein Eigenes dazu beitragen, den kommunistischen Kampf zu führen. Wir bitten deshalb die Marken unserer Bezirkskampffonds in Zukunft mehr als bisher anzulegen. Keine öffentliche oder Gewerkschaftsversammlung, keine Betriebsbesprechung darf vorübergehen, in denen nicht Kommunisten ihren Kampf führen. Auch Bergbau der im Kampf beschuldigten Marken mit dem Genossenschaftsverband werden wir solche mit den Führern des Genossen Kampf und der Genossin Clara Zeilin heranziehen. Die Bilanz einer Kampffondsarbeit haben wir einseitig auf 100 M. festgesetzt. Zur Steigerung der Kampfaktivität für den Kampf werden wir in Zukunft über alle für diesen Kampf eingehenden Gelder, in anderer Arbeitszeit unter besonderen Rubrik „Kampffonds“ öffentlich quittieren und zwar nicht allein bei Anlaß der Kampffondsarbeiten, sondern all Communiqués und öffentlichen Stunden, damit diese bei uns eingehen. Wir bitten deshalb unsere Genossen überall für die Steigerung unseres Kampffonds unerschütterlich zu sein.

Der Kreis, der mit uns Sympathisierenden, in Zukunft mehr als bisher heranzuziehen und damit unsere Kampfziele zu erleichtern, ist unsere Aufgabe. Die internationalen Konferenzen der Betriebsräte in Frankfurt a. M. hat in der Zeit vom 15.-22. April eine internationalistische Kampfbewegung geleitet. Wir fordern von unseren Ortsgruppen und Funktionären diese Aufgabe mit besonderer Sorgfalt zu übernehmen. Wir bitten unsere Partei und Genossen, die Verantwortung dafür zu übernehmen. Wir bitten unsere Genossen, die Verantwortung dafür zu übernehmen, daß diese die höchste Verantwortlichkeit der Partei in der Sache zu übernehmen.

über ein Gebiet, welches den größten Teil der Erdoberfläche ausmacht. Die KPD hat ausfallen wird. Während der Verbände haben in allen Parteiposten Versammlungen und Besprechungen stattfinden, zu welchen die mit uns Sympathisierenden Arbeiter heranzuziehen und besonders zu laden sind. Die rednerisch befähigten Genossen in den einzelnen Agitationskreisen haben sich für diese Mission der Ortsleitungen zur Verfügung zu stellen. Die Funktionäre und Mitglieder aber haben von jetzt ab sofort zusammenzustellen, welche Massengenossen ihres Agitationsgebietes für diese Werbeversammlung in Frage kommen. Wir werden außerdem den Ortsleitungen noch besonderes Material für eine planmäßige Hausagitation rechtzeitig zustellen.

Genossen und Genossinnen! Bereitet allerorts die geplante Agitationswoche gut vor, dankt sie zu einem vollen Erfolg für unsere Partei und Presse sich auswärts. Der Kreis der

### Einen neuen Leser! Genosse, vergiß es nicht!

Arbeitenden, die allein im Kommunismus die Durchführung des proletarischen Klassenkampfes sehen, wächst stetig. Ganze Ortsgruppen der KPD beschließen ihren Übertritt zur KPD. Für diese Vereinigungsprozesse der Klassenbewußten Arbeiter, nachdem die sozialdemokratischen Führer das Heil ihrer Volkspartei nur noch im Burgfrieden, Arbeitsgemeinschaft und Koalition mit dem Bürgertum sehen. Um dieser fluchwürdigen Volkspartei zu verschlagen sie die Genossenschaften. Um ihre Futtergrößen zu erhalten, hemmen sie den proletarischen Klassenkampf, liefern sie die Arbeiter, gebunden an Händen und Füßen, ihren Todfeinden, der Bourgeoisie aus.

Oftentlich drehen sie radikale Phrasen, ihre Lippen aber stehen dazu im schreienden Widerspruch. In einem Aufsatz zur gemeinsamen Matinee 1923 rufen KPD, USPD, USV und USV-Bund zu einer gemeinsamen Matinee auf. Es gilt zusammenzusehen, zum Schutze der Arbeiterklasse, die das festeste Bollwerk der Republik ist. Schreibt sie und dabei werden die Kommunisten konsequent ausgeschaltet. In diese erinnert man sich erst wieder, wenn Ministerpräsidenten und Präsidenten anfragen zu machen. Dann sind wir Kommunisten gut genug, jenen „Auchgenossen“ die Kasernen aus dem Feuer zu holen. Hat man es dann doch so leicht, die Kommunisten zu erschlagen, nachdem man wieder fest im Sattel sitzt.

Kommunisten! Klassenbewußte Arbeiter!

Laßt Euch von den Bonzen der KPD und des USV bei der diesjährigen Matinee nicht ausschalten. Ihr seid ein Teil der Klassenbewußten, vorgekehrtesten und daher der revolutionärste Teil der Arbeiterklasse; Ihr seid ein Stützpunkt der Arbeiterklasse und durch diese verpfänderten menschenwürdigen Arbeiter-Beschützer nicht isolieren lassen. Ihr steht täglich mit den Massen zusammen am Werktag, am Schraubstock, an der Hobelbank, im tiefen Schicht der Bergwerke, steht auch zu ihnen, wenn es gilt die Abwehrfront zu bilden, gegen die Reaktion, gegen die „nationalistischen Mordbuben“. Der Abwehrkampf gegen die faschistischen Organisationen ist keine Privatangelegenheit irgend welcher politischer Gruppierung, sondern die Aufgabe der gesamten deutschen Arbeiterklasse. In Schäften aber ist die faschistische und Orgeschafte Gefahr besonders groß und deshalb ist unser Ausschluß ein Verbrechen.

Klassenbewußte Arbeiter, zwingt deshalb eure Führer eine Einheitsfront des glanzvollen Proletariats zu schaffen. Dort aber, wo sie sich weigern, euren Willen Rechnung zu tragen, dann bildet diese geniale Abwehrfront ohne, wenn es sein muß, trotz dieser Führer, die sich heute noch auf ein Mandat berufen, daß sie von Euch erhalten haben.

Für die Durchführung der Matinee selbst, ist energisch die Arbeit zu tun am 1. Mai durchzuführen und zu diesem Zweck mit den Gewerkschaften und der KPD in Verhandlungen zu treten. Es ist dabei mit Nachdruck darauf zu bestehen, daß in Sachsen und Thüringen am 1. Mai die Arbeitstage generell durchgesetzt wird. Geht es auch in anderen Bezirken, die allgemeine Arbeitstage durchzuführen, dann werden die Demonstrationen am 1. Mai ein gewaltiger Aufmarsch der Arbeiter gegen die Offensiven des Kapitals und gegen den Faschismus werden.

Die Vereinbarungen mit den anderen Parteien und Gewerkschaften, dürfen keine Hindernisse unserer Redner und Bekehrungsarbeit der kommunistischen Parteien entstehen.

Am Abend veranstalten die kommunistischen Ortsgruppen eigene Zusammenkünfte. Programme für die Abendveranstaltungen lassen die Ortsgruppen durch die Bezirksleitung, Abt. Bildung, beschließen.

Die politischen Redner für die Radikalisierung, sowie Redner-Disputation, wird die Bezirksleitung Mitte April die Ortsgruppenleitungen und Redner stellen.

Die Bezirksleitung KPD, Schlesien.

### Dresden. Solales.

Bandenwesen in Sowjet-Rußland durch Wirtschaft und Politik (mit Zeichnungen)

(Verstärkt eingezugener Bericht)

Sowjet-Rußland und gab einleitend einen Überblick über den Entwicklungsgang der russischen Revolution. Es war für uns Kommunisten sehr interessant aus dem Munde eines Bourgeois folgenden zu hören: Die Kommunisten waren 20 000 Mann stark, als sie durch einen Staatsstreich die politische Macht eroberten. Diese 20 000 aber waren begeisterte Idealkämpfer. Fanatiker, welche wußten was sie wollten. Ihre Führer, sind geistig sehr hochstehende, meist aus bürgerlichen Kreisen stammende, Intellektuelle, und Staatsmänner von großem Format. Die kommunistische Partei ist heute in Rußland souverän gezeichnet und verstanden, alle anderen Parteien und Organisationen zu zerlegen, jedoch mit der Gefahr der Gegenrevolution nicht zu rechnen ist. Einige schlechte Dinge leistete sich Herr Gleinow als er sagte, daß die 120 Millionen Bauern Sowjet-Rußlands politisch keine Rolle spielen, weil dem Lande die Transportmittel fehlen um eine weiße Armee zu organisieren. Er behauptet ferner, daß die Räteverwaltung die Hauptteilnehmern nur deshalb hat technisch ausgestaltet lassen, weil sie dieselben für die rote Armee braucht.

Das die Bauern Sowjet-Rußlands eine Rolle in der Revolution gespielt haben und noch spielen, wußt jeder, nur Herr Gleinow nicht.

Herr Gleinow gab zu, daß unter der Herrschaft der Kommunisten der technische Fortschritt der Hauptteilnehmern sehr groß ist. Wenn er aber sagt, daß die Regierung kein Interesse an der Verbesserung des übrigen Lebensstandes und am Bau von neuen Dämmen hat, (weil kann sein schlechtester Wunsch erfüllt würde, die Bauern sich dann eine weiße Armee schaffen könnten), so ist das natürlich bürgerlicher Anblick.

Mit vielen guten Lichtbildern unterstützt, brachte der Vortragende den Zuhörern Land und Menschen des östlichen und südöstlichen Rußland, mit all seinen Schönheiten und Eigenarten, näher.

Zum Schluß betonte Herr Gleinow die Sowjet-Regierung braucht Frieden, jedoch man im Vertrauen hierauf mit ihr Handel treiben kann. Das größte Verbrechen der Sowjet-Regierung sei jedoch, daß sie das Land von allen Bedrückern und Bedrückten von Archangel bis Tiflis und von Petersburg bis Wladivostok befreit hat. Es wäre für ihn ein erhebender Tag gewesen, als er am 5. Jahrestag der roten Armee dieselbe auf dem roten Platz in Moskau vorüberziehen sah, neben dem Grafen Drotz-Rangau stand und bei sich dachte, „ach hätten wir in Deutschland doch auch eine solche Armee, womit wir die deutschen Länder vom Feinde säubern könnten.“

Die noch herrschende deutsche Bourgeoisie die nur noch eine Reichswehr, Sipps, Ordsch das etwa rebellierende deutsche Proletariat niederzuschlagen zu können, kann keinen Krieg und die Hiltiergarden zur Verfügung hat, um gegen den französischen Militarismus gewinnend. Sie lebt von Hoffnungen und Wünschen und zieht das arbeitende Volk immer tiefer in den Abgrund hinein.

Das arbeitende Volk Deutschlands hat die Aufgabe, die Sowjet-Regierung zu befechtigen, eine Arbeiterregierung an deren Stelle zu setzen und sich eine rote Arbeiterarmee zu schaffen.

### Provinzielles.

Dittersdorf. Bei Landeshut. Gründung einer Ortsgruppe der KPD. Am 30. März ist hier eine Ortsgruppe der Partei gegründet worden. Vorsitzender ist Genosse Richard Schiller. Zum Kassierer wurde Richard Reimann, zum Schriftführer Hermann Reimann gewählt.

Kreis Neustadt. Fortschritt unserer Partei auf dem Lande. Auch auf dem Lande hält der Kommunismus seinen Siegeszug. Im Kreis Neustadt schreitet die Bewegung von Monat zu Monat vorwärts. Überall entstehen in den Dörfern neue Ortsgruppen unserer Partei und zwar auch an Orten, die bisher vollkommen unbeachtet blieben und wo noch nicht einmal die KPD Fuß gefaßt hatte.

In Walzen, Kreis Neustadt, zählt unsere Ortsgruppe bereits 80 Mitglieder und ist die stärkste Partei des Landes. Am 2. Osterfeiertag fand dort eine öffentliche Volksversammlung statt, in der Genosse Dombrowski-Vreslau über die politische Lage referierte. In der Diskussion sprachen deutsch-nationale Gutbesitzer, die mit Schreden das Erwachen der Landarbeiter erkennen. Sie versuchten durch Verhetzung von Algenmärdern über Rußland die Arbeiterklasse zu täuschen. Der Referent bereitete den Deutschnationalen im Schlußwort eine gründliche Abfuhr. Die Versammlung war ein voller Erfolg für die Partei. Einige Mitglieder traten neu bei. In der nächsten öffentlichen Versammlung in Walzen wollen die Deutschnationalen unseren Genossen einen ihrer Parteisekretäre als Diskussionsredner entgegenstellen.

Am 2. Osterfeiertag sprach Genosse Dombrowski noch nachmittags in Grotzsch und abends in Stradowa über das Thema: „Was wollen die Kommunisten?“ Beide Versammlungen waren ein voller Erfolg. In Grotzsch traten 4 Mitglieder der Ortsgruppe bei. In Stradowa wurde eine Ortsgruppe gegründet, der sofort 34 Mitglieder beitraten. Für den Kampf wurden in den zwei Versammlungen circa 10 000 Mark gesammelt.

Das Eisen für die KPD ist überall, auch in den kleinsten Dörfern, heiß. Es liegt nur an uns, es zu sammeln. Auf Genossen zur Agitation! Jeder Sonntag muß der Partei neue Mitglieder bringen.

Leobisch. Ein salomonisches Urteil. Die KPD in Leobisch, die um einen Versammlungsraum im Gewerkschaftshaus kämpft, erhielt folgenden Bescheid, den wir der leidenden Leobisch sofort mitteilen wollen. Der Bescheid lautet: „Da die Ortsgruppe Leobisch der kommunistischen Partei Leobisch, nicht die Gewerkschaft auf die zwischen dem Gewerkschaftshaus und dem Gewerkschaftshaus Leobisch a. H. am Sonnabend, den 17. d. M. in gleicher Weise in Bezug auf die

Freistellung von Versammlungsräumen im Volkshaus wird mitgeteilt.

Die Gewerkschaften am Mittwoch, den 21. d. Mts., unter Leitung der Orts- und Kreis-Kommission befaßten sich eingehend mit ihrem Ansuchen.

Das Grundstück Coselerstraße 6 wurde im März 1921 von 8 Gewerkschaftskollegen, die als Geschäftsführer ohne besondere Auftrag handelten, käuflich erworben. Für die Veräußerung der Mittel legten sich insbesondere Mitglieder der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei und Gewerkschaftskollegen ein. Allein die am Ort angekauften Geldmittel reichten zur Bezahlung der Kaufkosten nicht aus. Das Sozialdemokratische Partei gehörige Presseunternehmen „Volkswille“, Ratowitz, stellte daher zur Bezahlung der größten Geldsummen den Betrag von 66 000 M. zur Verfügung, die als Hypothek auf das Grundstück eingetragen wurden. Nur dadurch war überhaupt der Kauf des Grundstücks Coselerstraße 6 möglich. Deswegen also werden der Ortsgruppe Leobisch der Sozialdemokratischen Partei Versammlungsräume im Volkshaus zur Verfügung gestellt. Es liegt demnach darin keine Bevorzugung oder kein Vorrecht, sondern lediglich eine Gegenleistung des Volkshauses Leobisch der Sozialdemokratischen Partei gegenüber dafür, daß diese überhaupt den Ankauf des Grundstücks ermöglichte.

Besonderer Wert wurde seitens der freien Gewerkschaften auf ein ständiges Versammlungslokal gelegt. Aus diesem Grunde ist die Volkshaus mit beschränkter Kapazität Volkshaus Leobisch (Privatunternehmen) mit dem Ortsausschuß des USV, einen Gegenleistungsvortrag, hierdurch wird dem Volkshaus zur Verfügung gemacht, die Versammlungsräume den freien Gewerkschaften zur Verfügung zu stellen und diesen zur Gegenleistung aufzulegen, daß die Gewerkschaftsmitglieder ihren hauptsächlichsten Verkehr im Volkshaus pflegen.

Seidem die Kommunistische Partei in der Stadt Leobisch Fuß gefaßt hat, ist es wiederholten Malen vorgekommen, daß in den Schankräumen Agitation für die KPD betrieben wurde. Weder den Gewerkschaften ist es gestattet, in den Schankräumen Agitation zu betreiben noch auch der Sozialdemokratischen Partei, weil die Schankräume allen Gattungen jeglicher Auffassung und jeglichen religiösen Bekenntnisses zur Verfügung stehen. Durch diese Agitation der kommunistischen Partei in den Schankräumen ist es des öfteren zu äußerlichen heftigen Auseinandersetzungen gekommen, die Ruhe und Frieden in den Schankräumen zu stören geeignet waren.

Trotz schwerer Bedenken wurde das Nebenamt des Volkshauses für eine kommunistische Gründungsversammlung freigegeben, aber nur unter der Bedingung, daß keine unzulässige Gegenpartei die Sozialdemokratische Partei getrieben werde. Diese Bedingung muß als eine selbstverständliche angenommen werden, wenn beachtet wird, daß die Sozialdemokratische Partei überhaupt durch die Bereitstellung von Geldmitteln den Ankauf ermöglichte. Diese Bedingung ist aber weder vom damaligen Versammlungsleiter noch vom Referenten eingehalten worden, so daß alsbald darauf dem Vertreter der kommunistischen Partei Herrn Wolny gegenüber erklärt wurde, daß für die Zukunft Versammlungsräume nicht mehr bereitgestellt werden würden. Dieser hat sich auch damals mit der Tatsache abgefunden, vielleicht deshalb, weil der kommunistischen Partei andere Räume zur Verfügung stehen. Ferner in Anbetracht dessen, daß die Mitglieder der Gewerkschaften nicht nur Sozialdemokraten und Kommunisten, sondern auch Mitglieder anderer Parteien sind, könnten auch andere politische Parteien, so die Deutschsozialistische Partei die Berechtigung herleiten, ebenfalls Versammlungsräume für ihre Agitation zu erhalten. Bei Ermöglichung aller dieser Tatsachen hat die Sitzung am Mittwoch, den 21. d. Mts., einstimmig beschlossen, Ihr Ansuchen abzulehnen.

Hochachtungsvoll

Volkshaus Leobisch G. m. b. H.

Die „Volkshaus“ G. m. b. H. hat mit diesem Bescheid ein geradezu salomonisches Urteil gefällt. Keine Partei darf laut Urteil der Volkshaus G. m. b. H. im Gewerkschaftshaus parteipolitische Agitation treiben, weil dadurch die „Ruhe und Ordnung“ in den Schankräumen gestört wird.

Die Volkshaus G. m. b. H. scheint ein Gewerkschaftshaus zu verwechseln mit einem Vereinshaus für christliche junge Männer (Sprachkammer) denn die Arbeiter sind doch wahrhaftig nicht so zumperlich, daß sie Leobischern bekommen wenn ein politisches Gespräch geführt wird. Im Gegenteil sie wollen in ihrem Heim sich über politische Grundrisse und Tagesfragen auseinandersetzen. Daß die angebliche Neutralität nur vorgeführt und eine schlecht geschmaltene Heuchelei ist, geht aus den letzten Sätzen des Bescheides hervor.

Hier wird ganz deutlich zum Ausdruck gebracht, daß das „Volkshaus“ den Kommunisten den Versammlungsraum nur deshalb nicht mehr zur Verfügung stellen will, weil sich unsere Genossen mit Recht, jede Zensur ihrer Ausführungen und jedes Bescheid einzurufen an der KPD ablehnen. Weil unsere Genossen aber die Arbeiter über die verräterische Vorklage der KPD aufklären, wird ihnen der Versammlungsraum entzogen. Ganz so haben es vor 15-20 Jahren die bürgerlichen Sozialdemokraten gemacht. Sie waren die bürgerlichen Sozialdemokraten, in ihrer Abneigung offener und haben sich nicht hinter unglücklich dumm-faulen Ausreden versteckt wie die Volkshausbesitzer.

Die Arbeiter in Leobisch werden den sozialdemokratischen Sozialdemokraten bei Gelegenheit die Dichtung für ihr Vorklagen ausstellen.

Hindenburg. Die Stelle des ersten Bürgermeisters für die Stadtgemeinde Hindenburg wird jetzt öffentlich ausgeschrieben. In der Ausschreibung wird darauf hingewiesen, daß die Stadt Hindenburg zurzeit 7000 Einwohner zählt und bei der bevorstehenden Eingemeindung voraussichtlich auf über 10 000 Einwohner kommen wird. Die Bestellung des ersten Bürgermeisters erfolgt nach Eingabe der 2. der Bürger-Verordnetenbestimmungsordnung. Einreichung in Gruppe 3 ist nicht ausgeschlossen.